

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolastraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Erscheint 10mal wöchentlich.
Bezugspreis:
Abholer monatl. 70 P., viertelst. 2.10 M.
Durch Träger und Agenturen:
Monatl. 80 P., viertelst. 2.40 M.
frei ins Haus.
Durch die Post: Monatl. 1 M.,
viertelst. 3 M. (ohne Verschlaggebühren).
Jahrs Ausland:
Unter Kreuzband 15 M. viertelst. 4 M.

Anzeigenpreise:
Die Kolonietabelle in Wiesbaden 20 P.,
Deutschland 20 P., Ausland 40 P.,
Die Restamtsseite 1.00 M.
Anzeigen-Nachnahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Bezugspreis:
Intrate und Abonnement: Nr. 129,
Redaktion: Nr. 129; Verlag: Nr. 819.

119 Morgen-Ausgabe.

Freitag, 6. März 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Im Reichstag wurde gestern die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage mit 194 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Im Orlitzergebiet wurde eine militärische Flutdriftung von einer Lawine verschüttet. 15 Mann wurden getötet.

Die Räuberbande „Weißer Wolf“ bringt immer weitere Provinzen Chinas in Aufregung. Die drohende Haltung des Volkes gegen die Regierung nimmt zu.

Das Urteil von Marmaros-Sziget.

Marmaros-Sziget, 3. März. Heute mittags wurde im Außenministerium das Urteil gefällt. 32 Angeklagte wurden wegen Anfeindung gegen die Religion und den Staat zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Höchststrafe erhielt der Hauptangeklagte Rabalyut, nämlich vier Jahre sechs Monate Staatsgefängnis und 100 Kronen Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu Strafen von sechs Monaten bis drei Jahren Staatsgefängnis verurteilt, jeder außerdem zu einer Geldstrafe. 23 Angeklagte wurden freigesprochen. Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angedroht.

Aus Wien schreibt uns dazu unser Korrespondent: Zu Beginn des Waffenprozesses gegen die ungarischen Ruthenen wurde der Sachverhalt mitgeteilt und die Episode des Auftretens des russischen Agitators Grafen Dobrinski besonders beleuchtet. Nun ist der Prozess nach zwei Monaten soeben durch das Urteil des Gerichtshofes vorläufig beendet worden; vorläufig, denn es ist anzunehmen, daß die Verurteilten Berufung einlegen. Die Urteilsprüche sind an sich nicht allzu hart ausgefallen; ja, wenn man bedenkt, wie sonst in ruhigeren Zeiten die sogenannte Beleidigung der ungarischen Staatsidee, welche Delikte oft durch recht harmlose Meinungsäußerungen begangen werden können, eine unerschwingliche Ahndung finden, so muß man über die Milde staunen, die die Richter von Marmaros-Sziget walten ließen. Von 55 Angeklagten wurden 23 überhaupt freigesprochen und die höchste Strafe betrug 4 1/2 Jahre Staatsgefängnis gegen den Hauptangeklagten Rabalyut. Die übrigen kamen mit drei Jahren bis herab zu einem halben Jahre davon. Man wird sich immerhin zu fragen haben, ob auch das nicht noch zu viel ist. Denn die Verurteilten, wahrscheinlich (soweit wenigstens aus den recht konfuse Berichten hervorgeht) unwissende Bauern, deren religiöser Eifer geschickt ausgeschaltet wurde, sind nun einmal Märtyrer des Panislawismus geworden. Eine gewisse russische Presse wird nicht verabsäumen, in den nächsten Tagen über die ungarische Freiheit und über die Unterdrückung der Glaubensgenossen in Ungarn zu jeteren. Dies, in demselben Ausmaß, in dem die Ruthenen ganz anders unterdrückt werden.

Es ist aber gefährlich, Märtyrer zu schaffen. Es ist gefährlich, der russischen Propaganda Material zu liefern. Das eine weiß jedermann, daß die Schuligen an dem ruthenischen „Hochverrat“ außerhalb des Landes in wohlbekanntem Moskauer „wohltätigen“ und „kulturfördernden“ Gesellschaften sitzen. Sie sitzen aber auch anderswo. Die Politik der herrschenden und heute mehr als je herrschenden magyarisch- feudalen Clique treibt alle „Nationalitäten“, seien es nun Deutsche, Serben, Rumänen oder Ruthenen in eine erbitterte Gegnerschaft gegen einen Staat, der ihnen die Mutter Sprache selbst in Schule und Kirche nimmt und ihnen nichts als Entgelt zu bieten hat, als das wirtschaftliche Elend und im besten Fall die Auswanderung auf „heimischen“ Schiffen. Nur eine gerechte Verwaltung, nur eine kluge Veröhnung dieser schmerzlichen Gegenstände, nur die wirtschaftliche Erhellung der oft bettelarmen Landstriche wird den geplagten „Nationalitäten“ die Kraft geben, den zahlreichen Forderungen aus dem heiligen Rusland, aus Rumänien und Serbien zu widerstehen. Der Deutsche ist ja allerdings der gute Michel, der nicht anderswohin gravitiert; aber auch er hat sich in Ungarn schon geregt. Leider ist es mehr als fraglich, ob der herrschenden Kastei in Budapest an einer solchen Veröhnung etwas liegt. Was ihre Macht im Augenblick nicht erschüttert, übersteht sie. Und sie ist allzu gern geneigt, sich auf die Gewalt zu stützen; als ob Gewalt etwas Dauerndes und Sicheres wäre. Wien aber hat nicht die Macht, und wenn es nicht gerade vor Krisen bangt, auch nicht den Willen, diese Krisen zu hören, denn — Refruten, Schiffe und andere Wünsche der Großmacht werden jetzt, Dank dem Grafen Tisza, glatt zugefanden.

Zum Ableben des Kardinals Ropp.

Für die 9 alten preussischen Provinzen und somit auch für das exemte Bistum Breslau ist die Bischofswahl durch die Birkumskriptionsbulle De salute animarum vom 16. Juli 1821 und das ergänzende Breve Quod de fidelium vom gleichen Datum geregelt (Pr. Kabinettsordre vom 23. August 1821). Hierdurch ist festgelegt, daß die Bischofswahl dem Domkapitel zusteht.

Der König von Preußen hat das Recht, auf einer ihm vorher vorzuliegenden Liste von Kandidaten für die Bischofswahl die ihm nicht genehmen personas minus gratas zu bezeichnen, ein Recht, das ganz uneingeschränkt ist; er darf sämtliche Kandidaten ablehnen.

Ist ein dem König von Preußen genehmer Kandidat gewählt worden, so hat sich dieser binnen drei Monaten über die Wahl zu erklären und im Falle der Annahme beim Papste die Konfirmation nachzusuchen. Dem Könige hat der neue Bischof den sogenannten Homagialeid zu leisten, worauf er ein staatliches Anerkennungsdekret erhält.

Interessant ist hierbei vor allem, wie weit für die Wähler Richtung eine Möglichkeit der Einwirkung dahin besteht, daß ein Mann ihrer Richtung den fürkatholischen Sitz bestimme. Da der König von Preußen sämtliche Kandidaten ablehnen kann, so besteht die unzweifelhafte Möglichkeit einer Prestion von Seiten des Zentrums auf Herrn Bethmann und damit auf die Krone Preußens, um ausgeprochene Vertreter der Berliner Richtung dem Kirchenamt fern zu halten. Wie weit solchen möglichen Prestionen gegenüber handgehalten werden würde, ist schwer auszumachen. Auf der andern Seite ist anzunehmen, daß man von Rom aus das Mögliche tun wird, um einem Manne der Berliner Richtung das Amt zu verschaffen. Wege hierzu sind die Einwirkung gleichfalls auf die Krone Preußens und die Einwirkung auf das Domkapitel.

Das wahlberechtigste Domkapitel besteht aus den Domherren, die ihrerseits abwechselnd vom Fürstbischof und von der Krone ernannt werden. Die Regelung dieses Ernennungsrechtes ist insofern eigentümlich, als sie dem Zufalle weites Spiel gibt. Das Jahr wird eingeteilt in eine abwechselnde Folge von Regierungsmonaten und Bischofsmonaten. Stirbt ein Domherr in einem Regierungsmonat, so hat der König von Preußen das Recht, einen Nachfolger zu ernennen; übrigens ist dies nur ein abgeleitetes Recht; eigentlich steht es dem Papste zu, der es konföderal dem König von Preußen überlassen und sich selbst nur die, so. Provisio vorbehalten hat. Stirbt ein Domherr im Bischofsmonat (den geraden Monaten des Jahres), so wird der Nachfolger vom Fürstbischof ernannt.

Das Breslauer Domkapitel zählt folgende residierende Domherren: Dr. Augustin, Weihbischof; Dr. König, Dompropst, Professor; Scholz, Prälat, Senior; Dr. Stiller, Magr., Prälat, Generalvikar; Dr. Herbst, Offizial und Dompred.; Dr. Straßel, Professor; Klose, Domherr; Dr. Steinmann, Magr.; Dr. Sprötte, Professor; Dannbauer, Domprediger und Dr. Bergel, Domherr. Die dem Domkapitel liegt zunächst, binnen 8 Tagen, die Erwählung eines Bischofsverweilers für die kirchliche und eines oder mehrerer oekonomi für die Vermögensverwaltung ob.

Beileidstelegramme zweier Kaiser.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: Aus Wilhelms- hagen ist bei dem Breslauer Domkapitel folgendes Telegramm des Kaisers eingegangen: „Schmerzlich bewegt durch die Meldung, daß Gott der Herr dem Leben des Kardinals von Ropp ein Ziel gesetzt hat, spreche ich dem Domkapitel mein wärmstes Beileid aus. Ich nehme an dem schweren Verlust, den das Kapitel und die Diöcese Breslau durch den Tod erlitten haben, lebhaftesten Anteil. Ausgesprochen mit reichen Heilsgesängen, einem starken Glauben, einem sanfteren Charakter und warmem Empfinden für die Not der Zeit, hat der Entschlafene als treuer Sohn der katholischen Kirche, aufrichtiger Patriot und guter Staatsbürger seines verantwortungsvollen Dienamtes vorbildlich, treu und legendreich gewaltet und sich um Bistum, Kirche und Staat hohe Verdienste erworben. Ich werde dem Verewigten und seiner charaktervollen Persönlichkeit stets geru dankbar gedenken.“ — An den Weihbischof Dr. Augustin in Troppau und an das Domkapitel in Breslau sandte auch die Kaiserin in Beileidstelegramme.

Die Teilnahme Kaiser Franz Josephs zeigte sich, wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, in folgendem Telegramm aus Schönbrunn an das Domkapitel: „Die Nachricht von dem Ableben des Kardinals Fürstbischof Dr. v. Ropp erfüllt Se. Majestät, die der edlen Persönlichkeit und dem legendvollen Wirken dieses hochverdienten Kirchenfürsten stets besondere Verehrung gewollt hat, mit tiefer Trauer. Se. Majestät werden dem verewigten Kardinal diese Gesinnung, sowie herrliche Dankbarkeit für die von ihm bei jeder Gelegenheit bewiesene Treue und Anhänglichkeit immer bewahren und sprechen einem hochwichtigen Domkapitel seine innigste Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste, den dasselbe durch das Hinscheiden seines allverehrten Oberhirten erleidet, aus. — Im allerhöchsten Auftrage Freiherr Schiestl v. Perstorff.“

Die „Liberté“ über die russischen Rüstungen.

Aus Paris wird gemeldet: Der kriegerische Geist, der sich seit einiger Zeit in Frankreich kund gibt, verrät oft genug durch allzu großen Enthusiasmus, was kluger Weise die Bruit eines guten französischen Patrioten im inneren Kämmerlein seines Herzens bewahren sollte. Der Artikel der „Liberté“ über die russischen Rüstungen hat der „Liberté“ plöblich die Gabe verliehen, „zu sagen, was sie leidet“. In einer überraschend unverblümten Form erklärt die „Liberté“, daß sie die deutschen Beschränkungen wegen der Anhäufung russischer Truppen an der Oligrenze des deutschen Reiches für außerordentlich gerechtfertigt halte. Entgegen den Behauptungen einer französischen militärischen Zeitschrift seien die russischen Truppen an der deutschen Grenze außerordentlich schlagfertig. Durch die Zurückbehaltung von vier Jahrgängen bei den Bahnen ist die Friedenspräsenzstärke, die auf dem Papier einschließlich der Grenztruppen, der Gendarmen und der Kosaken 1.384.000 Mann betragen soll, auf effektiv 1.400.000 Mann gebracht worden. Davon befinden sich an der deutschen Grenze 800.000 Mann. Die „Liberté“ ist der Ansicht, daß diese Truppen vollständig kriegsmäßig mobil sind und infolgedessen eine große Ueberlegenheit über die

deutschen Truppen besitzen, die erst auf den Kriegsfuß gesetzt werden müssen. Dadurch würden für Deutschland wertvolle Tage vergehen. Ein Krieg nach zwei Fronten wäre also unter diesen Umständen für Deutschland mehr als Wahnsinn. Der Zusammenhang der russischen Rüstungen mit den Verstärkungen der französischen Armee sei zu offensichtlich, um in Deutschland verkannt zu werden. Die Zurückbehaltung der dreijährigen Dienstzeit diene also im weitesten Maße der Erhaltung des Friedens und bedeute eine Lebensfrage für Frankreich.

Kurze politische Nachrichten.

Kein Austritt Schorlemer-Webers.

Die „Germania“ hatte das Gerücht verbreitet, die Stellung des Landwirtschaftsministers Frhr. v. Schorlemer-Weber gelte für erschüttert, er werde bei Schluß der Vertagung des Landtages zurücktreten, auch komme seine Kandidatur für den Statthalterposten in Straßburg nicht mehr in Frage. Diese Gerüchte sind, wie die „Frankf. Zig.“ schreibt gänzlich unbegründet und erfunden. Sie sind der Ausfluß einer Antrage, die mit Politik nichts zu tun hat.

Die Budgetkommission des Reichstags

beantragt für den Etat des Reichskolonialamts die Annahme einer Reihe von Resolutionen, die dahin gehen, eine erhebliche Verstärkung der ärztlichen Versorgung unserer Kolonien in die Wege zu leiten, den staatlichen Arbeitszwang für Eingeborene in jeder Form anzuschließen, ausreichende Eingeborenenservate zu schaffen, bei der Arbeiteranwerbung dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht für Gegenden mit schlechten klimatischen Voraussetzungen angeworben werden.

Politischer Prozeß.

Die Straßburger „Neue Zeitung“ erhebt gegen die „Deutsche Tageszeitung“ Beleidigungsklage wegen der Äußerung, die „Neue Zeitung“ sei „deutschfeindlich“.

Deutsche Instruktionsoffiziere für Albanien.

Fürst Wilhelm von Albanien hat, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, an den Kaiser die Bitte gerichtet, deutsche Instruktionsoffiziere nach dem neuen Staate zu entsenden. Diesem Wunsch ist Kaiser Wilhelm nachgegeben und eine Anzahl Offiziere werden jetzt beurlaubt werden, um als Lehrer in der zu bildenden albanischen Armee zu wirken.

Der türkisch-bulgarische Handelsvertrag.

Eine allem Anschein nach offizielle Note des Konstantinopeler „Neune Turc“ besagt: Die Verhandlungen über den türkisch-bulgarischen Handelsvertrag dauern normalerweise lange, sie schreiten aber normal vorwärts. Es wird gelingen, zwischen beiden Ländern ohne die Intervention eines Dritten einen vollkommen befriedigenden Vertrag festzustellen. Die Frage der Pomaken erhielt die Lösung, die den Vereinbarungen von beiden Staaten entspricht. Die Note schließt mit der Erklärung, daß die türkisch-bulgarischen Beziehungen von der größten Herzlichkeit besetzt seien.

Der bulgarische Generalpostdirektor Stefanowitsch begann mit dem türkischen Minister der Post und Telegraphen Verhandlungen über den Abschluß einer türkisch-bulgarischen Post- und Telegraphenkonvention und über die Einführung von Begünstigungstarifen.

Hof und Gesellschaft.

Der Kronprinz von Sachsen als Student. Kronprinz Georg von Sachsen wird im kommenden Wintersemester die Universität Freiburg i. Br. beziehen. Eine Villa ist bereits für ihn gemietet. In den neunziger Jahren studierte in Freiburg i. Br. der später auf einer Automobilfahrt verunglückte Prinz Albert von Sachsen.

Arbeiterbewegung.

Schneiderstreik in Saarbrücken. Ein Streik der Schneider ist in Saarbrücken ausgebrochen, der sich auf die Schneidergesellen, soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, erstreckt. Der Grund zu dem Streik liegt darin, daß die frei organisierten Schneider in der Neuregelung der Tarifverträge nicht gemeinschaftlich mit den christlichen Gewerkschaften verhandeln wollen.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“) Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 5. März.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet.

Der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Verringerung der Amtsgerichtsbezirke Castrop und Dortmund wird nach unwissenschaftlicher Debatte unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus setzt sodann die allgemeine Besprechung zum

Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung

fort. Hierzu liegt ein Antrag Hammer (Konj.) gegen ein Elektrizitätsmonopol vor.

Hg. Pieper (Str.): Wir müssen eine kräftige Mittelstandspolitik treiben. Bei den staatlichen Aufträgen müssen die Handwerker mehr berücksichtigt werden. Für das Berdingungswesen sollte man eine Zentrale schaffen unter

Mitwirkung der Handwerkskammern. Dem Antrag Hammer stimmen wir zu.

Abg. Schroeder (natl.): Wir sind mit der Tendenz des Antrags Hammer einverstanden. Am besten würde er wohl einer Kommission überwiesen werden. Wir begrüßen es, daß der Minister in der Frage der Dienstbotenversicherung und der Landkrankenassen die Initiative ergriffen hat. Nach dem Erlaß der Reichsversicherungsordnung muß in der Sozialpolitik etwas Ruhe eintreten; namentlich bitten wir, von einer Arbeitslosenversicherung abzusehen. Der vom Minister über die Warenhäuser herausgegebene Erlaß ist leider noch nicht genügend durchgeführt worden. Die Rechtsprechung war bisher dem Handwerk sehr ungünstig, da alle größeren Betriebe für Fabriken erklärt wurden. Nach der neuesten Entscheidung der Regierung wird das hoffentlich anders werden. Auch ein Schutz des Gesellschafters wird vielfach gewünscht. Die Bedeutung des § 100a der Gewerbeordnung, der die Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Innungen verbietet, wird meiner Meinung nach überhöht. Die Bestrebungen, den Handwerkern zu gebührenden Löhnen zu verhelfen, werden wir stets unterstützen. Die Stellung des Ministers in der Kommission zu dieser Frage wird von uns gebilligt. Auf dem Gewerbetag in Halle erhielt bei einer Vergebung auf dem Submissionsweg trotz der Vererbung von zwei Zimmermeistern ein Maurer den Auftrag, der nicht einmal den Meistertitel führen darf, keine Lehrlinge ausbilden kann und sogar mit Zuchthaus vorbestraft war. (Hört, hört!) Trotz einer gewissen Ausstellungsmüdigkeit möchte ich doch die Dresdener Handwerksausstellung warm empfehlen. Der Hausbesitzer hat heute einen schweren Stand. Die Zeiten, da man über „Hauspächter“ witzelte, sind längst vorbei. Auch hier müßte der Staat helfend eingreifen und alles daran setzen, um den Mittelstand, der die stärkste Stütze des Staates ist, dauernd zu kräftigen und zu erhalten. (Beifall.)

Handelsminister Sydow: Bei allen wichtigen Fragen ziehen wir die Handwerkskammern zu Rate und lassen besonders die Kleinhandelsauschüsse sich äußern, so beim Zugabewesen. In einer Änderung dieser Ausschüsse liegt noch kein Anlaß vor. Abgesehen von der Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen ist der erste Teil reformbedürftig. Ich bin deshalb mit dem Reichskanzler in Verbindung getreten, daß eine Ueberwindung der Fährung der Bauhäuser geschaffen werden und die Strafbarkeit nicht erst bei Nichtzahlungen eintreten soll. Die Frage des Verfallbegriffs und des Schutzes des Gesellschafters wird sorgfältig geprüft werden. Tarifermäßigungen für die Dresdener Ausstellung sind von dem Handwerkskammertag bereits bei dem Minister für öffentliche Arbeiten beantragt worden. (Beifall.)

Abg. Krause-Waldenburg (freil.): Mit dem Antrag Hammer sind wir einverstanden. Eine Kommissionsberatung erscheint uns nicht nötig. Nach den Erklärungen des Ministers hoffen wir, daß die Frage der Bekämpfung des Zugabewesens und die Frage der Warenhaussteuer in einer gebührenden Weise gelöst werden.

Abg. Wenke (fortsch. Vp.): In den Landtag müssen mehr Handwerker hinein. Im Herrenhaus ist der Mittelstand und das Handwerk fast gar nicht vertreten. Die Monopolbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie beklagen auch wir. Die Hausierer selbst wünschen eine Altersgrenze von 25 Jahren mit Einschränkung der Beschäftigung von Ausländern. Dem Mißbrauch des Hausierhandels durch Kinder sollte man energisch entgegenzutreten. Für das Submissionswesen ist die reichsgesetzliche Regelung die beste Lösung. Wenn man die Warenhaussteuer erhöhen will, da muß man auch die Warenhäuser des Bundes der Landwirte und die Beamtenwarenhäuser lassen. Dem Hofwirtsstand sollte man nicht durch rigorose polizeiliche Maßnahmen, wie über die Polizeistunde usw., das Leben noch saurer machen. Nirgends wird der Voplost so angewandt, wie bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Wer nicht für eine Änderung des Wahlrechts ist, darf sich nicht einen Freund des Handwerks und des Mittelstandes nennen. (Beifall links, Zurufe rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. — Schluß 1/2 Uhr.

Die Ostmarkenzulage im Reichstag.

Der Kampf um die Ostmarkenzulage, die den Postbeamten in den Ostbezirken unseres Vaterlandes lange Zeit hindurch gewährt worden ist, ohne daß jemand Anstoß daran gefunden hätte, bis plötzlich ganz „seinfühlig“ Politiker politische Motive darin erblickten, dauert nun schon geraume Zeit an. Man entzog bekanntlich den Be-

amten diese Zulage vor etwa einem Jahre, weil die Herren des Zentrums missant den Polen und den „Genossen“ der Meinung waren, politische Beweggründe steckten dahinter, man witterte eine antipolnische und antikatholische Tendenz darin. Der Reichstag hat immer wieder versucht, die Ostmarkenzulage durchzudrücken, aber auch immer wieder fand sich die schon erwähnte Mehrheit, die die Ausführung dieses Planes verhinderte. Auch gestern beschäftigte sich das Plenum des Reichstages wieder mit der Ostmarkenzulage, die von der Budgetkommission abermals abgelehnt worden war.

Die Ausdauer, mit der einzelne Parteien im Reichstage immer wieder versuchen, die den Ostmarkpostbeamten entzogene Zulage diesen wieder zuzuführen zu wollen, ist wirklich bewundernswert und verdient höchste Anerkennung. Nun sind zwar 1200000 M., die für die Ostmarkenzulage gefordert werden, kein Pappenstiel, doch gibt es wohl kein schreienderes Unrecht, als den „Stephansjüngern“ im Osten des Deutschen Reiches einfach eine Zulage, die durch die teure Lebenshaltung in dortiger Gegend berechtigt ist und die man früher ohne schwerwiegende Bedenken gewährt hat, jetzt zu verweigern, nur weil man in dieser Zulage politische Motive wittert. Dieser Vorwurf ist doch wohl, genau bedacht, unbaltbar, zumal der Zulage doch nicht nur protestantische Beamte teilhaftig werden sollen. Der Gedanke einer antikatholischen Tendenz, der das Zentrum zur Ablehnung solcher Zulage bestimmt, ist doch nimmermehr stichhaltig. Daß die Polen gegen die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage sind, kann nicht weiter Wunder nehmen, weil ihnen ja alles, was deutsch ist und das Deutschtum im Osten des Reiches stärken könnte, verhaßt ist. Wenn sich nun die Sozialdemokraten gegen die Bewilligung der Ostmarkenzulage aussprechen, so ist das im Grunde genommen ein Akt der Unklugheit; denn ihnen ist doch immer viel an Stimmenfang gelegen, bei den Postbeamten werden sie aber durch ihr ablehnendes Verhalten in dieser Frage sich noch weitere Sympathien, die ja möglicherweise noch vereinselt bestehen, verschmerzen. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bilden also den Abwehrdamm, der die 1200000 M. nicht in die Ostmark dringen läßt.

Die Nationalliberalen, Konservative und die Reichspartei gaben sich gestern wieder alle erdenkliche Mühe, den Postbeamten in den Ostprovinzen die Zulage wieder teilhaftig werden zu lassen. — Staatssekretär Kräfte unterstützte nach Kräften das Bemühen und suchte den Vorwurf, die Zulage, auf die 60000 Beamte der Ostmark schließlich warten und die den zehnten Teil ihres Gehaltes beträgt, trage politischen Beigeschmack, nach besten Kräften zu widerlegen. Aber diesem Bemühen der zuletztgenannten Parteien und Herrn Kräfte, dem sich auch der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei angeschlossen, war es doch nicht möglich, die Abwehrmacht zu sprengen, die sich in ihre Anschauungen so fest verbißen hat, daß a. B. der Abg. Ledebour zu behaupten wagte, für die Gewährung der Zulage sei die politische Gesinnung des einzelnen Beamten maßgebend, und so wurde die Ostmarkenzulage denn wiederum mit 194 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Die Postbeamten in der Ostmark aber sind wieder um eine Hoffnung ärmer geworden.

Sitzungsbericht.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 5. März.

Der Post-Etat, 4. Tag. — Einzelberatung.

Abg. Werner-Hersfeld (Nep.) tritt für Vervollständigung der Telegrapheninspektoren und der Postagenten ein.

Abg. Dr. Renmann-Hofer (fortsch. Vp.) bittet darauf zu achten, daß die Postagenten den ansässigen Kaufleuten keine Konkurrenz machen.

Staatssekretär Kräfte erwidert, daß für die Postagenten erhebliche Summen zur Aufbesserung eingesetzt worden sind und daß nur Persönlichkeiten zugelassen werden, die das Vertrauen der Gemeinde genießen, und den ansässigen Gewerbetreibenden keine Konkurrenz machen.

Eine Resolution, die eine Erhöhung der Tagegelder für die etatsmäßig angestellten Assistenten und eine Erhöhung der Bezüge für die Gehilfen bei den Postanstalten 3. Klasse fordert, wird angenommen.

Ebenso eine weitere Resolution, die einen Bericht über die Ausgestaltung der Krankenkassen verlangt. Es folgt die

Beratung der Ostmarkenzulage.

Die Budgetkommission hat die Ostmarkenzulage in Höhe von 1200000 M. wieder gestrichen.

Die Abg. Baffermann (natl.), Schulz-Bromberg (Rp.) und Graf Westarp (kons.) beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ferner fordert eine Resolution Schulz-Westarp den Reichskanzler auf, zu erwägen, ob solche Zulagen nicht auch auf andere gemischtsprachige Kreise und Reichsteile ausgedehnt werden können.

Staatssekretär Kräfte: Die Verwaltung legt auf die Ostmarkenzulage außerordentlichen Wert. Es handelt sich um 6000 Beamte, die jahrelang die Zulage bezogen und sich darauf eingerichtet haben. Die Ostmarkenzulage hat keinen politischen Beigeschmack. Es handelt sich nur um das Wohl der Beamten. Ich bitte dringend die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Schlee (natl.): Es mutet wunderbar an, wenn man behauptet, die Ostmarkenzulage verfolge politische, antipolnische und antikatholische Tendenzen. Das Gegenteil ist richtig. Wir denken an keinen Kulturkampf und lehnen jede antikatholische Agitation ab, denn alle Deutschen ohne Unterschied der Konfession müssen sich gegen den politischen Aukturn zusammenschließen.

Abg. Köste (Soz.) lehnt die Ostmarkenzulage ab, weil sie eine politische Maßnahme ist.

Graf Westarp (kons.): Die Streichung der Ostmarkenzulage muß bei den Beamten schwere Erbitterung hervorrufen. Sie müssen sich gegenüber den preußischen Beamten wie Beamte zweiten Grades vorfinden.

Abg. Kopsch (fortsch. Vp.): Seitdem die Ostmarkenzulagen widerrufen auf unseren Antrag gemacht worden sind, können wir für sie stimmen.

Abg. Brandys (Pole): Es ist nicht nötig, daß die mittleren Beamten alle ihre Söhne studieren lassen. Nicht die Zulage, sondern das System wirkt korrumpierend.

Abg. Ledebour (Soz.): Der seltsame Bismarckblock feiert bei der Ostmarkenzulage wieder eine fröhliche Auferstehung. Für die Gewährung der Zulage ist jedoch die politische Gesinnung maßgebend. Darin liegt die Korruption. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Diese Korruption bekämpfen wir. (Der Redner wird nochmals zur Ordnung gerufen.)

Abg. Czarlinski (Pole): Die Ostmarkenzulage bleibt eine eminent politische Frage.

Staatssekretär Kräfte: Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern darum, daß bestimmten Beamten der 10. Teil ihres Gehalts vorenthalten werden soll, ohne daß sie Anlaß dazu gegeben haben.

Abg. Spahn (Ztr.): Wir lehnen die Zulage nach wie vor ab. (Beifall im Zentrum.) An ein Haus von der Zusammensetzung des Reichstages sollte man mit solchen Forderungen überhaupt nicht herantreten.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird mit 194 gegen 127 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ebenso die Resolution auf Gewährung der Zulage für alle gemischtsprachigen Gebiete mit 188 gegen 121 bei 3 Stimmenthaltungen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vga.): Es ist ein unglaublich sozialer Rückschritt, daß bei Betriebskrankenkassen die Familienhilfe aufgehoben worden ist.

Direktor im Reichspostamt Achenborn: Die Beamten haben einen Wunsch nach der Familienhilfe bisher nicht geäußert.

Abg. Quard (Soz.): Die Fernsprechanlagen entsprechen durchaus nicht den Bedürfnissen.

Staatssekretär Kräfte: Wir streben darnach, die Fernsprechanlagen unterirdisch zu legen.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) kommt auf die Telegraphenämter in Dresden zu sprechen und erklärt, daß dort die Erbitterung unter den Beamten, die seit einem Jahre genährt werden, sehr groß sei.

Staatssekretär Kräfte: Die Telegraphenverwaltung in Dresden hat den ersten Versuch gemacht, die halbautomatischen Verbindungen einzuführen. Keine andere Verwaltung der Welt hat bisher diesen Versuch nachgemacht.

Die Abg. Beckmann, Kopsch und Behrens bringen Wünsche über die Telegraphenarbeiter vor.

Staatssekretär Kräfte: Die Forderungen der Telegraphenarbeiter sind bewilligt worden. Die Arbeiterausschüsse sollen vornehmlich lokalen Interessen dienen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr päpstlich. Schluß 7 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 6. März.

Die Steuerfreiheit der kleinen Einkommen in preussischen Städten.

Der Staatseinkommensteuer unterliegen bekanntlich nicht die Einkommen von weniger als 900 M., jedoch ge-

Sie lächelte bitter: — Der Sänger kannte ihr Herz nicht, das war nicht trügerisch —

Sie stellte schnell das Licht ab, das den Sänger wohl veranlaßt hatte, sich ihr Fenster für den Gesang zu wählen. Trat dann näher hinzu und blinzte hinaus.

Der große Kanal lag vom Mondlicht übergoßen vor ihr. Ringsumher tiefe Stille, nur vor ihrem Fenster der Sänger, der eben ein anderes Lied anstimmte:

„Midi, Pagliaccio sul tuo amore infranto —“

Das paßte zu ihr, zu ihrer Liebe.

Der Kermesse da draußen litt wohl wie sie. Er hätte doch sonst nicht die Worte so herauszuschlagen können.

Gewiß. Er fühlte, was er sang.

Vielleicht war er in Not —

Sie trat ins Zimmer zurück, nahm von ihrem Nachtsch einige Geldstücke, schlich wieder ans Fenster und ließ die Münzen hinausfallen.

Sie hörte, wie diese mit leisem Gepolter in der Gondel umherrollten — im gleichen Augenblick brach der Gesang ab.

Der Sänger suchte wohl nach dem Gelde. Darüber hatte er sein Feld vergessen.

Hanna setzte sich auf ihr Bett. Sie wollte nicht schlafen, konnte nicht schlafen, der Gesang hatte sie erregt. Die Erinnerung an den Traum kehrte zurück.

Sie war nicht abergläubisch. Zum ersten Male in ihrem Leben war sie heute nahe daran gewesen, einem Traum Bedeutung beizumessen: eine Aufforderung erschien er ihr, nach Perikori zurückzukehren.

Sie glaubte, daß sie das so auffassen müsse. Versuchte wenigstens, sich das glauben zu machen, wollte nicht wahr haben, daß nur ihr fortwährendes Grübeln sie in einen solchen überflüssigen Zustand verriet.

Dann dachte sie wieder klarer, sachlicher: Sie war schon jetzt des Reissens überdrüssig. Sie empfand trotz Gesellschaftlerin und Jungfer das Leben in den Hotelkammern, die Räder im Schlafwagen, das Hin und Her mit Koffern, Hotelbedienten, das Speisen mit hundert unbekanntem Menschen als etwas peinliches.

Es erinnerte sie an ihre trübste Zeit, an damals, als sie in Madrid war.

Warum sollte sie sich etwas auferlegen, was ihr eine

Aber sie sprach nicht darüber, sie wollte, wie sie das gewohnt war, erst überlegen.

Es war ja auch schließlich das gleiche — sie fand doch nirgendwo Ruhe. Sie hätte ebenso gut in Perikori bleiben können.

Ein paar Tage gingen so hin. Hanna war zu keinem Entschluß gekommen, der letztegedachte Gedanke, daß sie in Perikori hätte bleiben können, verließ sie nicht wieder.

Mit jedem neuen Morgen nahm das zu. Nachts hatte sie sich in ihren Träumen zu Hause gesehen, wie sie mit Olaf durch die verschneiten Wälder strich.

In der letzten Nacht erwachte sie plötzlich. Ihr Herz schlug heftig. Irgegend, irgend etwas hatte gerufen: — sie solle schnell heimkehren, sie veräume etwas —

Sie sprang aus dem Bett, drehte die Beleuchtung auf, warf einen Schlafrock über und ging im Zimmer umher.

Sie suchte sich zurückzurufen, was sie geträumt, was sie im Traum beunruhigt.

Nichts wollte in ihr Gedächtnis zurück, wie sie sich auch anstrengte, sich zu erinnern.

Nichts. Doch — eine Farbe erschien plötzlich vor ihren Augen. Ein unbestimmter Schimmer, der sich nicht festhalten ließ.

Rot. Schwarz — nein —

Sie prekte mit den Handflächen die Schläfen, als ob sie die Erinnerung aus ihrem Gehirn hervorzaubern möchte — plötzlich wukte sie: violett — die Farbe ihres Gürtelbandes, das sie getragen, als sie Felix Volten zum ersten Male gesehen.

Auch Worte fanden sich jetzt dazu, Worte, die er zu ihr gesprochen. Fast die ersten Worte, die er gesagt:

— Wie sie über Aberglauben denke, er sei stark abergläubisch —

Die ganze damals durchlebte Szene trat deutlich in ihr Gedächtnis; sie hatte sie eben im Traume gesehen.

Sie atmete tief auf und glaubte sich von dem Spuk befreit.

Ein Traum, Aberglaube — was hatte das mit ihr zu schaffen.

Draußen auf dem Canale grande, dicht unter ihrem Fenster, ertönte Gesang:

„Donna e mobile —“

Galt das ihr, galten diese Worte ihr?

Die Herrin von Perikori.

Original-Roman von Hans Beder, Wiesbaden.

(42. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Aus der Menge der Hotelbedienten, die in der Bahnhofshalle aufgereiht standen, schaute Frau Sörensen bald den jenseits des Hotels heraus, das ihnen bei ihrer Abreise von Paris empfohlen worden war. In seiner Begleitung wanderten sie zu dem Plaz, wo die Gondeln standen.

Einen Augenblick zauderte Hanna, als sie die schwarzen Fahrzeuge, die sich in der Dunkelheit der aufsteigenden Nacht im Wasser schaukelten, sah.

Einen kurzen Augenblick. Ein Gedanke, ein traumhaftes Bild: ein einmastes, ruderloses Boot auf hoher See fleg vor ihren Augen auf. Ihr schien es plötzlich, als ob sie sich willenslos ihrem Schicksal überlasse.

Wie ein Schatten hatte sich das auf ihr Gemüt gesenkt, war gleich vorübergehends — sie nahm die entgegengetretene Hand des Gondoliers und fleg ein.

Kantlos glitt die Gondel über das dunkle Wasser dem Hotel zu.

Am anderen Tage wanderten sie nach dem Markusplatz, fütterten die Tauben, verweilten eine halbe Stunde in der Markuskirche, aber Hanna blieb teilnahmslos. Sie gehörte nicht zu jener Art banaussischer Touristen, die mit dem Bäderer in der Hand von Sebenswürdigkeit zu Sebenswürdigkeit laufen.

Sie verstand es auch nicht, ihrer Bewunderung lauten Ausdruck zu geben, sobald Frau Sörensen bei sich ein bißchen verzweifelt dachte:

Es wird gehen wie in Paris. Nichts wird man zu sehen bekommen. Vielleicht müssen bald wieder die Koffer gepackt werden!

Das paßte gerade gut zu ihr; sie hatte es nicht anders gewollt, nichts mehr vom Leben zu erwarten ...

Das Wetter war warm und sonnig. Frau Sörensen hatte recht behalten. So überredete sie Hanna, am Nachmittag nach dem Lido hinauszufahren. Dort fand diese es sehr hübsch. Ihr kam einen Augenblick der Gedanke, eine Villa zu mieten und hierher an das Meer zu ziehen.

hatte das Kommunalabgabengesetz, die unter 900 M. bleibenden Einkommen wenigstens zur Kommunalsteuer heranzuziehen. § 38 des Kommunalabgabengesetzes bestimmt nämlich, daß ein Einkommen von mehr als 900 bis 900 M. mit dem Satz von 4 M. besteuert werden kann, ein Einkommen von 420 bis 600 M. darf mit einem Steuerfusse von 2,40 M. und darunter mit 1/2 Prozent, höchstens aber mit einem Steuerfusse von 1,20 M. belastet werden. Von diesen Sätzen können die entsprechenden Zuschläge erhoben werden; ist die Deckung des Gemeindebedarfs ohnehin gesichert, so können die Einkommen unter 900 M. von der Steuerpflicht befreit oder mit einem geringeren Satze herangezogen werden. Allgemein wird es als eine soziale Pflicht betrachtet, daß die Gemeinden von der Möglichkeit der vollkommener oder teilweisen Befreiung in weitestem Umfange Gebrauch machen. In dieser Hinsicht ergibt sich für eine Reihe preussischer Städte, daß für das Steuerjahr 1913/14 nur im Westen in einigen Städten die Einkommen unter 900 M. vollständig steuerfrei sind. Von den übrigen preussischen Städten ziehen die Einkommen von 420 bis 600 M. nicht zur Steuer heran u. a. Charlottenburg, Danzig, Görtitz, Königsberg, Stettin, Wiesbaden. In Charlottenburg sind auch die Einkommen über 600 bis 900 M. steuerfrei. In keiner der anderen genannten Städte ist das der Fall. Eine Reihe preussischer Städte fordert anstelle der völligen Steuerfreiheit von den kleinen Einkommen ermäßigte Steuerfusse, so z. B. Remscheid 125—150 Prozent (bei 200 Proz. für Einkommen über 900 M.), Gelsenkirchen 125—180 Proz. (125%). Eine solche Vergünstigung gewähren die nachgenannten Städte den kleinen Einkommen nicht: Cassel, Danzig, Görtitz, Königsberg, Posen, Stettin, Wiesbaden, Allenstein, Bromberg, Gleiwitz, Greifswald, Guben, Hildesheim, Keiße, Straßburg und Tilsit. Einheitliche Steuerfusse für die verschiedenen Einkommensklassen erheben Cassel 185 Proz., Danzig 220 Proz., Görtitz 150 Proz., Königsberg 225 Proz., Posen 192 Proz., Stettin 200 Proz., Wiesbaden 100 Proz., Allenstein 200 Proz., Bromberg 195 Proz., Gleiwitz 255 Proz., Greifswald 227 Proz., Guben 178 Proz., Hildesheim 180 Proz., Keiße 175 Proz., Straßburg 155 Proz. und Tilsit 240 Proz.

Handlungsgehilfen als Schiffe und Geschworene. Die Mitwirkung der Handlungsgehilfen als Patenrichter bei der Rechtsprechung ist bisher vielfach dadurch beeinträchtigt gewesen, daß eine Aufwandsentschädigung nicht gewährt wurde. Lediglich Reisekosten wurden vergütet. Das Gerichtsverfassungsgesetz gestattete deshalb auch den als Patenrichter Berufenen die Abrechnung des Amtes, wenn sie „glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand nicht zu tragen vermögen.“ Durch Reichsgesetz vom 29. Juli 1913 ist nun in das GGG. folgender § 55a eingefügt worden: „Die Schiffe erhalten Vergütung der Reisekosten und für jeden Tag der Dienstleistung Tagegelder. Die Tagegelder dürfen nicht zurückgewiesen werden.“ Nach § 96 Abs. 1 GGG. finden diese Bestimmungen auch auf Geschworene Anwendung. Der Betrag des Tagegeldes ist durch Bundesratsverordnung vom 2. August auf 5 M. festgesetzt worden; dazu tritt für jedes, durch die Dienstleistung notwendig gewordene Nachtquartier noch eine Zulage von 1 M. Diese Bestimmungen sind nun in Kraft getreten. Die Auswahl der Schiffe erfolgt bekanntlich durch einen alljährlich bei den Amtsgerichten zusammen tretenden Ausschuss auf Grund von Urteilen, die von den Gemeindevorständen eingereicht werden und die Personen angeben müssen, die für das Amt in Frage kommen, d. h. länger als zwei Jahre in der Gemeinde wohnen, Reichsdeutsche und älter als 30 Jahre sind. Die Geschworenen werden nicht von dem Ausschuss, sondern vom Landgericht bestimmt, dem der Ausschuss aber eine Vorschlagsliste einzureichen hat. — Damit nun die Handlungsgehilfen mehr als bisher zu diesen Schönen, wenn auch verantwortungsreichen Ehrenämtern herangezogen werden, richtete die hiesige Ortsgruppe des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes eine entsprechende Eingabe an das Amtsgericht. Sie wies in dieser Eingabe gleichzeitig darauf hin, daß sich eine Prüfungnahme mit dem Kaufmannsgericht als zweckmäßig erweisen dürfte, da der Gutachterausschuss dieses Gerichts sicher in der Lage sei, geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen.

Verband für Volkskunde. In den Räumen der Frankfurter Akademie hielt Mittwoch der Frankfurter Nassauische Verband für Volkskunde seine Hauptversammlung ab. Nach dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende Prof. Panzer (Frankfurt) erstattete, ist der Verband mit den Vorarbeiten zu einem ganz Deutschland umfassenden Werk über Volksstrahlen beschäftigt. Weiter ist eine vollständige Verarbeitung des deutschen Volksliedes geplant. Hierfür stellte der preussische Staat bereits erhebliche Mittel bereit. An die Spitze des Sammel-

ausschusses trat Ministerialdirektor Dr. Schmidt. Alle nach Text und Melodie sorgfältig gesichteten Lieder sollen dann in dem deutschen Volksliederarchiv in einer Zentrale vereinigt werden, als dessen Sitz Freiburg i. B. in Aussicht genommen ist und mit dessen Leitung Prof. J. Meyer betraut wird. Die Sammlung nassauischer Volkslieder übernahm Lehrer D. Stürckh (Wieblich); sie wird eine der vollständigsten unter allen deutschen Sammlungen sein. Die Frankfurter Lieder stellt Rektor Wehrhan (Frankfurt) zusammen. Ferner begann der Verband mit der Sammlung von Murmeln. Prof. Dr. Stein empfahl dem Verband ein eingehendes Studium der Gasse mit ihren Liedern, Sagen, ihrer Geschichte und vor allem ihren sozial ausgleichenden Erhebungen.

Festkonzert Aloff. Das Festkonzert im großen Varietebühnen, in welchem unsere beliebte Konzertfängerin Frau Gullu Aloff zur Leiterin ihres 10jährigen Jubiläum als Gesangspädagogin 12 Schülerinnen einem distinguierten Publikum in ausverkauftem Hause vorführte, brachte den Beweis, wie reich es der unermüdlich tätigen und vielseitig begabten Künstlerin gelungen ist, sich einen hervorragenden Platz in der hiesigen Musikwelt zu erobern. Neu war es uns, in zwei dreifach besetzten a capella-Ensembles von Sopran und Alt, welche mit größter Präzision, Tonreinheit und Klangfülle vorgelesen wurden, in Frau Aloff auch eine Dirigentin kennen zu lernen, die den Taktstock mit Sicherheit und Verwe zu schwingen versteht. Frau Aloffs vorzügliche Schule zeigte sich bei sämtlichen Schülern in der leicht anprechenden Tonbildung, der deutlichen Aussprache und dem feinsten Vortrage. Ein geschmackvoll ausgewähltes Programm kam der Eigenart der einzelnen Stimmen so recht zustatten. Der von der Konzertegebenin verfasste zündende Prolog verleiht dank der vorzüglichen Wiedergabe durch Art. Trudel Schwarze das Publikum gleich in Bestimmung. Frau C. Rupperts' liebliche Stimme erklang in Mozarts' „Beethoven“ und Gretschers' „Maria am Roden“. Eine recht fortreife Durchführung erhielt Schumanns Duett aus „Der Rose Pilgerfahrt“. In zwei Liedern zur Laute trat Frau Geheimrat Ditzberg recht glücklich den Volkston. Mit schöner, großer, warmimbricierter Stimme brachte Frau Ella Volter Hildes' „Spielmann“ und Arie der Elisabeth a. d. „Tannhäuser“ zu sehr effektvoller Wiedergabe. Den Stempel künstlerischer Reife trugen, unterstützt von trefflichem Stimmmaterial, sämtliche Vorträge von Herrn und Frau Wiegand, Art. Hans Klein und Art. Valdesca Schüller. Mit durchdachtem Vortrage und weicher lyrischer Tonstimmung sang Herr Wiegand D. Wolffs' „Verborgener“, Wenzels' „Gebet“ und Böw's Ballade: „Das Erlernen“. Art. Valdesca Schüller brachte mit ihrem klangvollen Alt Chopins' „Vithanisches Lied“ und „Im Herbst“ von Franz mit dramatischem Vortrage zu schöner Wirkung. Glanzvoll vertreten war das schelmische Genre durch Art. Hans Klein und Frau P. Wiegand, erstere mit Dorn's entzückendem „Der Traum“, den sie wiederholten mußte und der Arie der „Rose“ a. d. „Glöckchen des Eremiten“, in welcher sie mit Coloratur und Trillern brillierte, Frau Wiegand mit Böhm's „Waldbühel“ und der Arie der Marie a. d. „Waffenfriede“, die sie klangvoll und allerliebst wiedergab. Aufschauernd, nicht endemüllender Beifall dankte sämtlichen Vortragenden und ihrer Lehrerin. Zahlreiche prachtvolle Blumenpenden, der Gesangsdirektorin und den einzelnen Schülern gewidmet, bedeckten das ganze Podium, kurzum, es war ein schöner, erfolgreicher Abend. L. G.

Angelommene Fremde. Die neueste Fremdenliste verzeichnet u. a. folgende Namen: von Pöbblein, Exzell., Staatsminister a. D. m. Fr. u. Bed., Dalmin (Kaiserhof), Graf Dohna, Wilhelmshaven (Rosa), Stänel, Oberleut., Hildesheim (Silvana).

Vom Reformkino. Das Wiesbadener Reformkino erfreut sich eines regen Zuspruchs. In den letzten Spieltagen mußten vormittags Jugendvorstellungen für die Schulen angesetzt werden, da es nicht möglich war, die angemeldeten Schuten in den Nachmittagsvorstellungen unterzubringen. Für diese Woche sind Aufzüge in das Gebiet der Zoologie vorgelesen, wie Entwicklung der Wasserjungfer, der Weibe, Leben des Schmetterlings, Seidenindustrie, Anlegen einer Raupensammlung u. a. Da diese Vorstellungen mit erläuternden Vorträgen stattfinden, können sie allen Naturfreunden nur bestens empfohlen werden. Für Erwachsene lohnt es sich sehr, eine der Abendvorstellungen zu besuchen. Näheres siehe Inserat.

Gottesdienst für Taubstumme. Am Sonntag, den 8. März, wird in der Lutterstraße ein evangelischer Gottesdienst mit Abendmahl für Taubstumme stattfinden. Der Gottesdienst beginnt um 2 Uhr.

Aurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw. Residenz-Theater. Am Samstag und Sonntagabend wird das mit so großem Beifall aufgenommene neue

Lustspiel „Marrs großes Herz“ wiederholt. Die Rolle der Marr spielt Art. Sadern. Duzend- und Fünftagerarten haben Gälligkeit ohne Nachzahlung. Sonntag nachmittag wird der übermüllige Schwank „Der ungetreue Ehehart“ zu halben Preisen gegeben.

XI. Cullus-Konzert. Frau Eva Plachke von der Osten bringt in dem heutigen Kurhaus-Cullus-Konzert folgendes Programm zu Gehör: Wolfgang Amadeus Mozart: Arie der Susanna aus der Oper „Figaros Hochzeit“; Eugen d'Albert: a) Wie wir die Natur erleben, b) mittelalterliche Venusbühne aus dem Lustspiel „Die Königin von Cypern“, c) Wiegenlied.

Freier Meinungsaustrausch.

In dieser Spalte finden solche Aufsätze aus unserem Leserkreise die ein öffentliches Interesse in Anspruch nehmen dürfen. Unterlunt. Auseinandersetzungen persönlicher oder vorlesenden Inhalts sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Kirchendienst und Schulamt.

Zu der Frage des Verhältnisses zwischen Kirchendienst und Schulamt dürfte es gerade jetzt allgemein interessieren, zwei Rundgebungen von kirchlicher Seite aus der allerjüngsten Zeit in Parallele zu stellen:

A. In einem katholischen Bezirk Bayerns hat der Klerus eine Umfrage veranstaltet, um den vorgezeichneten Behörden seine Wünsche betr. Trennung des Kirchendienstes vom Schulamt unterbreiten zu können. Zur Abtimmung wurden 5 Fragen gestellt, die von 1649 Geistlichen beantwortet wurden. Aus diesen Fragen seien folgende herangezogen:

1. Die organische Verbindung des Mesnerdienstes mit dem Schulamt ist zu beibehalten. 1341 Stimmen dafür, 175 Stimmen dagegen.

2. Die organische Verbindung des Chordienstes ist entsprechend dem Wunsche der Lehrer aufzuheben; die Uebernahme soll in das freie Verleben des Lehrers und die Uebertragung in das freie Verleben der Kirchenbehörde gestellt werden. 749 Stimmen dafür, 732 Stimmen dagegen.

3. Die organische Verbindung des Chordienstes mit dem Schulamt ist in allen Fällen aufrechtzuerhalten, in denen die Anstellung anderer (als Lehrerorganisten) nicht möglich ist. 625 Stimmen dafür, 312 dagegen.

4. Die Trennung des Chordienstes vom Schulamt soll in allen Fällen genehmigt werden, in denen dies möglich ist und beantragt wird. 1340 Stimmen dafür, 54 dagegen.

Ergebnis für die Lehrer: Weg mit dem niederen Kirchendienst. Man gebe dem Lehrer auf dem Lande neben einer standeswürdigen Bezahlung die für sein Amt und sein Ansehen notwendige persönliche Freiheit.

B. Das evangelische Konfitorium in Wiesbaden fordert eben durch Rundverfügung die Kirchengemeinden auf, die organische Verbindung des Kirchendienstes mit dem Schulamt, die nach dem prinzipiellen Standpunkt der Schulaufsichtsbehörde für das Gebiet des ehem. Hgt. Nassau nicht anzuerkennen ist, in Gemeinschaft mit den politischen Gemeinden durch Beschlüsse festzulegen.

Ergebnis: Die Beschlüsse werden gefaßt, ob sie bei der konfessionellen Mischung vieler politischer Gemeinden rechtlich zulässig sind oder nicht.

Was sagt die Kgl. Regierung zu einer solchen Bindung der Lehrer-Organisten, die sie bisher verneint hat? Was wird die nassauische Lehrerschaft tun gegenüber dieser Maßnahme?

Aus den Vororten.

Wieblich.

Volkskonzert. In dem am nächsten Sonntag abend stattfindenden Volkskonzert, das der Volkshilfsverein veranstaltet, wird zum letztenmal die Kapelle der königlichen Unteroffizierschule öffentlich auftreten. Außerdem wirken mit der Sängerkor des Gesangsvereins „Eintracht“ mit verschiedenen Chören, und Herr August Arnold mit einigen Solovorträgen.

Dogheim.

Zwangsbereicherung. Die kürzlich gebrachte Meldung über die angebliche Zwangsbereicherung des hiesigen Danies Wiesbadener Straße 23 ist dahin richtig zu stellen, daß es sich nicht um das Haus in der hiesigen Wiesbadener Straße handelt, sondern um das Haus Wiesbadener Straße Nr. 23 in Wieblich.

Rambach.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand die Feststellung des Haushaltsvoranschlags für 1914 zur Beratung. Derselbe

Zeit war? Niemand konnte sie hindern, morgen hinzugehen, wohin sie wollte.

Sie sehnte sich nach Hause, also ging sie nach Hause. Das Verlangen war so stark, daß sie am liebsten gleich zu Frau Sörensen gelaufen wäre und ihr gesagt hätte:

„Lassen Sie die Koffer packen, wir reisen nach Perfort.“ Nur, weil sie einsah, daß das jetzt mitten in der Nacht zwecklos wäre, wohl kaum ein Zug abging, unterließ sie es, aber es wurde ihr schwer, den Morgen abzuwarten.

Doch auch diese Zeit verging, die Müdigkeit hatte sie überfallen, sie hatte den Kopf auf das Kissen gelegt und war halb sitzend eingeschlafen.

Sich ins Bett zu legen, wie jeder vernünftige Mensch, hatte sie nicht fertig bekommen, in der Furcht, daß sie dann die früheste Stunde, die es ihr möglich machte, die Abreise anzuordnen, verpassen könnte. . .

(Schluß folgt.)

Berliner Theaterbrief.

† Berlin, Anfang März.

Es will in der Theaterseit dieses Winters nicht recht vorwärts. Hätten wir den „Parfissal“ nicht gehabt, so würde uns kaum eine Erinnerung an die entschwindende Saison zurückbleiben.

Den „Parfissal“ wird das „Königliche Opernhaus“ wieder in den beiden Wochen vor Ostern geben. Der Biletverkauf ist vor ein paar Tagen begonnen worden, und die ersten sechs Vorstellungen sollen bereits vorverkauft sein. Die Aufführung des Bühnenweibchspiels im „Königlichen Opernhaus“ unter des Grafen von Hallsen Regie war denn auch der stärkste künstlerische Eindruck, den wir seit langen Jahren im Berliner Theaterleben empfangen haben. Der ganze Ton dieser Vorstellungen, das Feierliche, das über Bühne und Zuschauerraum sich gleich der Grollstaube niedergelassen zu haben schien; sie rühten den Drang des Alltags weit von uns ab und wendeten das Theater wieder zu dem, was es nach dem reinen Kunstideal immer sein sollte: zu einer im höheren Sinne die Seele erhebenden moralischen Anstalt. Im „Deutschen Opernhaus“ in Charlottenburg war der „Parfissal“ nicht ganz so ansehnlich erlebt worden wie vom Grafen Hallsen. Aber die große Aufgabe wurde im ganzen ehrenvoll geleistet. Jedoch in Wagner muß man sich hier erst einfinden. Man beherrscht den Stil noch nicht. Die Auf-

führung der „Meisterlanger“ in voriger Woche ließ noch manches an schlichter Ergriffenheit dem Kunstwerk gegenüber zu wünschen übrig. Man möchte gern die modernen Noten auspielen und reinhardtisch kommen, — was gerade am „Parfissal“ und an den „Meisterlanger“ durchaus unangebracht ist. In der Spieloper und der komischen Oper hat das „Deutsche Schauspielhaus“ mehr Glück mit seinen modernen Aventureuren gehabt.

Im „Königlichen Schauspielhaus“ hat man mit Jbsens „Peer Gunt“ so etwas wie frisches Leben emporgelockert. Der junge Regisseur Dr. H. Brnd, den Graf Hallsen schon bei Strindbergs „Schwanenweiß“ hatte freimachen lassen, hat die Aufführung wieder mit glänzender Phantasie und feiner literarischer Bildung herausgebracht. Er hat das Drama in zwei Teile geteilt und für zwei Abende eingerichtet. Am 1. Abend sehen wir den jungen Peer Gunt bis zu Kafes Tod, und am 2. Abend den Grubler Peer Gunt, der mit abasverischer Unruhe durch allen Glanz und Schatten des Lebens jagt und schließlich in Solweigs unbetrübter Liebe seinen Frieden findet. Diese Zweiteilung war ein Wagnis, das sich nur ein Hoftheater wie das „Königliche Schauspielhaus“ leisten kann. Man weiß, wie ein Piaske in den 90er Jahren die Zweiteilung des „Don Carlos“ im „Deutschen Theater“ war. Das Publikum ist zu ein und demselben Stück an zwei Abenden nicht ins Theater zu bekommen. Im „Königlichen Schauspielhaus“ entschied für das glückliche Gelingen des doppelten „Peer Gunt“ die durch Dietrich Eckardt mit dichterischem Nachempfinden gegebene Verdichtung des ganzen Stoffes, dann die vollständig aufgeführte Orientale Musik und schließlich die groß gefühlte Inszenierung, die wie eine Verjüngung des manchmal halbwegs eingetrockneten Schauspielhausbetriebes wirkte. Als neue alte Kraft begrüßte man Frau Paula Conrad, die die Mutter Rose spielte. Ruscha Buhe hatte sich auf diese Rolle noch ganz besonders gefreut.

Ammer schärfer wollen die literarischen Theater von den Unterhaltungs-theatern getrennt sein. Das „Deutsche Künstlertheater (Sozialist)“ hat es kürzlich ausgesprochen, daß es nur aus wirtschaftlichen Rücksichten ein Sensationsstück wie Erwin Rosens „Casard“ aufgeführt hat. Das Stück ist ein Fremdenlegionär-Drama und triekt von Sentimentalität. Dasselbe „Deutsche Künstlertheater“ hofft durch niedrigere Eintrittspreise das Publikum mehr

an sich heranzuziehen. Das ist entschieden ein guter Gedanke, der aber nur durchführbar ist, wenn die Eintrittspreise auf das Niveau der Schillertheaterpreise herabgesetzt werden. Das aber ist bei dem Etat des „Deutschen Künstlertheaters“ unmöglich. Hier liegt der Witz der Dinge, die sich seit Otto Brahm so gewaltig geändert haben, am Repertoire und an der Regie, die beide die Extreme des Naturalismus kultivieren, als schreiben wir noch das Jahr 1895. Das spezifisch klassische Drama bleibt somit nur dem „Königlichen Schauspielhaus“ und dem „Deutschen Theater“ Max Reinhardts vorbehalten. Im „Deutschen Theater“ wird es jetzt in einem Shakespeares-Jubel auf seiner dichterischen Höhe geatmet. „Romeo und Julia“ war die letzte arthartig inszenierte Aufführung, „Was ihr wollt“, soll noch folgen, und als Krönung des Festes erwartet man noch den „Othello“. Seinen modernen Ambitionen geht Max Reinhardt in den „Kammerspielen“ nach. Sehr läßlich führen die beiden „Schillertheater“ ihr Publikum aus unserer modernen Pseudowelt in die erstere unserer Alvorderen zurück. Das „Schillertheater“ Charlottenburg gibt jetzt eine gute alte Berliner Posse „Der Maschinenbauer“ von Beyraud, in der das Publikum aus einer nervös ansehnlichen Gefährlichkeit wie der unserigen in eine ruhigere und reinere wahrhaft gerettet wird. Und das ist geradezu ein ethisches Verdienst.

Unterhaltung gibt es neuerdings eine Menge. In Montz's Operntheater hat eine neue Operette, „Les Noll's, Jung England“, viel Beifall gehabt. Die Musik ist fein und enthält sich absichtlich aller banalen Schläger. Das „Residenztheater“, einst die Stätte Pariserischer Schwankfideltas, ist Revue-theater geworden und hat mit dem Komponisten des „Metropoltheaters“ einen Pakt geschlossen. „Der Regimentspapa“, Musik von Victor Golländer, erscheint hier als Premiere. Infolgedessen ist das „Trianontheater“ als einzige Vermittlerin französischer Geistes übrig geblieben. Es hat ihn uns in dem Schwank „Er und der Andere“ nicht gerade zum Entzücken gebracht. Selbst Richard Alexanders gelehrter Schüler, Hans Junkermann, konnte aus dieser Verwechselungskomödie keine Funken schlagen. Darin sind die Brüder Herrnsfeld „aröber“. Ihr neuestes Stück, „Die von oben und unten“ erschüttert das Haus. Sie sind die Glücklichsten. Zum Theatergeschäft haben sie den Stein der Weisen in der Hand. Spectator.

zeigt mit ganz geringen Ausnahmen dasselbe Bild, wie 1913. Im einzelnen seien folgende Posten erwähnt: Mehreinnahme aus dem Vorjahre 8878 M., Zeitpacht von Liegenschaften und Gerechtigkeiten 2162 M., Ertrag aus Waldungen 14 400 M., Zinsen von Gemeindekapitalien 137 M., laufende Einnahme für die Schule 272 M., Geldstrafen 450 M., Gemeinde-Unternehmungen 5500 M., indirekte Steuern 2750 M., direkte Steuern 12 882 M. Unter den Ausgaben befinden sich Steuern und Versicherungsprämien 1863 M., Unterhaltung der Gemeindegebäude, Brunnen, Totenhöfe 638 M., Kosten der Holzfallung und Unterhaltung der Waldungen 4145 M., Unterhaltung der Wege, Straßenbeleuchtung und Reinigung 5395 M., zur Förderung des Landbaues und der Viehzucht 1410 M., Anschaffung und Unterhaltung der Feuerlöschgerätschaften, Wägen und Glocken 300 M., für Polizeiausgaben 370 M., laufende Ausgaben für die Schule 15 611 M., für die Armenpflege 1500 M., Befoldungen der Gemeinde-Beamten 9504 M., Gebühren, Gerichts- und Anwaltskosten 510 M., fällige Kosten der Gemeindeverwaltung 1280 M., zur Tilgung der Gemeindeforderungen 6048 M., zur Tilgung der Gemeindeforderungen 2050 M. Der Voranschlag balanziert mit rund 54 271 M. in Einnahme und Ausgabe. Es sind an direkten Steuern zur Erhebung vorgesehen 150 Prozent Realsteuer (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer), 100 Prozent Einkommensteuer und 100 Prozent Betriebssteuer.

Raffau und Nachbargebiete.

Lebeseverein für den Landkreis Wiesbaden.

□ Wiesbaden, 4. März.

Im hiesigen Kreisbause waren heute nachmittag unter dem Vorsitz des Kammerherrn Landrats von Helmburg die Vertreter der Ortsgruppen des Lebesevereins für den Landkreis Wiesbaden versammelt. Der Verein zählte zu Anfang dieses Jahres 2085 Mitglieder und eine Körperschaft (Volkshochschule Wiesbaden) mit über 1000 Mitgliedern. Die 23 Ortsgruppen zählen je nach Beteiligung und der Größe der Orte 23 bis 236 Mitglieder (Georgenborn und Viernstadt). Auch in den drei Gemeinden des Kreises, in denen Ortsgruppen bis jetzt noch nicht gebildet wurden, ist der Verein durch Einzelmitglieder vertreten. Die Mitgliedschaft ist den Lesern infolgedessen leicht gemacht, als nur 50 Pfg. Jahresbeitrag erhoben werden, wofür ein jeder ein gutes Kalender im Werte des Beitrags und außerdem das Recht erhält, die Bücherlei seiner Ortsgruppe kostenlos zu benutzen. Die Bücherleihen konnten ihren Bestand im letzten Jahre um 1122 Bände erweitern und zwar von 14122 auf 15244 Bände. Die stärksten Bücherleihen besitzen Viernstadt mit 1561, Nordenstadt mit 1459, Dohheim mit 1121, Rimbach mit 1053 und Eschertstein mit 1043 Bänden. Die Benutzung der Bücherleihen war auch im verflossenen Jahre recht lebhaft; so waren in Viernstadt 4241, in Eschertstein 3085, in Nordenstadt 3091, in Delfenheim 2765, in Wallan 2468 Bände ausgeliehen. Im ganzen waren 32 826 Bände ausgeliehen, gegen 30 930 im Vorjahre. Der Lichtbildapparat des Kreises, der auch für kinematographische Veranstaltungen eingerichtet worden ist, wurde fleißig benutzt.

Neben den Kinovorstellungen, für welche ausnahmslos die Filme über die Königin Luitpold zur Anwendung kamen (außer kleineren Sachen) veranstalteten verschiedene Ortsgruppen noch Versammlungen, in denen belehrende Vorträge gehalten wurden, so in Delfenheim, Erbenheim, Frauenstein, Georgenborn, Jastadt, Kloppenheim, Raffenheim, Raurod, Nordenstadt. Die Jahresrechnung des Vereins wurde wie auch der Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins von Lehrer Wittgen (Nordenstadt) vorgelegt. Die Einnahmen setzten sich vorzugsweise aus den Unterstufungen des Kreises (950 M.) und des Staates (160 M.) zusammen, weil die Mitgliederbeiträge jahrgangsgemäß den Ortsgruppen zur Unterhaltung und Ergänzung ihrer Bücherleihen überlassen bleiben. Die Unterstufungsgelder wurden teils zur Beschaffung guter Kalender für die Mitglieder, teils zur Erwerbung guter Bücher für die Bücherleihen verwendet.

Der Haushaltsvoranschlag wurde nach dem vom Kreisamtssekretär Hagedorn vorgelegten Plane in der Höhe des Vorjahres gutgeheißen. Ueber die Tätigkeit der Vereinigung zur Bekämpfung von Schmutz und Schund in Wort und Bild berichtete Lehrer Wittgen und es wurde beschlossen, die Lehrer Wittgen (Nordenstadt) und Jung (Delfenheim) in den Beirat der Vereinigung zu entsenden. — Nachdem Lehrer Jung (Delfenheim) über die vorjährigen Erfahrungen mit dem Kreis-Lichtbildapparat Bericht erstattet hatte, wurde beschlossen, den Apparat noch weiter zu vervollkommen und möglichst eine zweite Persönlichkeit zu gewinnen, welche die Bedienung des Apparates zu übernehmen bereit und befähigt ist.

Nachdem unterzog Geh. Konsistorialrat D. Eibach (Dohheim) verschiedene Werke der deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung einer scharfen Beurteilung, die zum Ergebnis hatte, daß die betreffenden Werke in die Bücherleihen nicht eingestuft werden sollen. Hieran wurden die Herren Bes (Rimbach), Pfarrer Herborn (Dohheim) als Vorstandsmitglieder anstelle auscheidender Mitglieder neugewählt. Als Ort für die diesjährige Hauptversammlung wurde Raurod und als Tag der 7. Juni gewählt. Zum Schlusse regte Kammerherr von Helmburg noch die Herstellung schöner Ansichtskarten aus dem Kreise an, welche Anregung hoffentlich auf einen guten Boden gefallen ist.

Kleine Mitteilungen.

Der 3. März, an dem die königliche Hofbuchhandlung und Hofbuchdruckerei C. S. Mittler u. Sohn in Berlin ihr 125jähriges Bestehen in fünf Geschlechtern ein und derselben Familie feierte, gedenkte sich für die Firma zu einem an Ehrungen reichen Feste, obwohl in Rücksicht auf das hohe Alter ihres Seniorchefs von jeder Feier abgesehen wurde. Der Kaiser, der Kronprinz, alle Prinzen unseres Kaiserhauses, die Bundesfürsten und die Bundesregierungen, fast sämtliche Reichs- und preussischen Staatsbehörden, Hunderte von Offizieren, vom Generalfeldmarschall bis zum Leutnant, viele hohe Beamte, die Autoren des Verlags, Berufsgenossen und Geschäftsfreunde, der Magistrat der Reichshauptstadt, die Handelskammer, Vereine usw. übermittelten ihre Glückwünsche, von denen viele von kostbarem Blumenstrauß begleitet waren. Dem ersten Geschäftsführer des Hauses, Herrn Paul Gilday, der gleichzeitig sein silbernes Jubiläum feiert, wurde vom Kaiser der rote Adlerorden 4. Kl. verliehen. Die Chefs erhöhten aus Anlaß des Festtages das Kapital der Personal- und Unterhaltungskasse um einen namhaften Betrag.

Der Abschluß des Düsseldorfer Apollo-Theaters stellt sich für 1913 um 100 000 M. ungünstiger als i. V. Die Dividende wurde auf 10 gegen 13 Proz. i. V. festgesetzt.

Die englische Regierung hat für die in Vorbereitung befindliche Südpolar-Expedition Sir Ernest Shackletons eine Beihilfe von 250 000 M. gewährt. Die Expedition wird den offiziellen Titel „Königliche antarktische Expedition“ tragen.

T. Geisenheim, 4. März. 228 Bewerber um den hiesigen Bürgermeisterei-posten haben sich bis zu dem Endtermin am 1. März gemeldet.

i. Sahn i. L., 5. März. Gesangswettstreit. Am Sonntag fand im Hotel zum „Lanunus“ der Delegiertentag des Männer-Gesang-Vereins Eintracht zu Sahn zu dem am 10. Mai d. J. stattfindenden Gesangswettstreit statt. Es haben sich so viel weitstreichende Vereine gemeldet, daß die Gesangsklassen fast besetzt sind. Um 2½ Uhr wurde die Versammlung durch einen Begrüßungschor des festgebenden Vereins eröffnet. Der 1. Vorsitzende, Herr Frankenhach, begrüßte die Anwesenden. Der Dirigent, Herr Ludwig Gerhard aus Stedenroth, leitete die Versammlung. Nach kurzen Debatten, die sich bald zu jedermanns Zufriedenheit erledigten, wurde um 5 Uhr die Versammlung geschlossen.

h. Hattersheim, 5. März. Eine nicht gerade angenehme Ueberraschung wurde einem hiesigen Einwohner zu Teil. Der Ghemann geht allmorgendlich seinem Berufe nach. Der Zufall hatte es gewollt, daß er, weil er etwas vergessen hatte, nochmals nach seiner Wohnung zurückkehren mußte. Hier entdeckte er nun im Zimmer eine Eisenbahn-ermöhe. Da er sich zunächst über den Fund keine Aufklärung verschaffen konnte, gab er die Mähe auf der Station ab, in der Hoffnung, so vielleicht den Eigentümer zu ermitteln. Was wird dann noch alles folgen? —

n. Sindlingen, 4. März. Sein 25jähriges Amtsjubiläum konnte gestern Herr Pfarrer Weber begehen. Obwohl der Jubilar den Tag in stiller Ruhe zugehen wollte, brachte ihm der Evangelische Jünglings- und Männerverein, der durch einen Zufall Kunde von dem Festtag erhielt, unter Vorantritt einer Musikkapelle, ein Ständchen.

i. Griesheim am Rain, 5. März. Persönliches. — Erwähnt. Die evangelische Rektorstelle an der hiesigen Mädchenschule ist Herrn Rektor Krull in Nassau übertragen worden. — Die Schreiberin anonymer Briefe, die seit mehr als zwei Jahren hier ihr Unwesen getrieben hat, ist zur Freude der von ihr beunruhigten Familien jetzt endlich ermittelt worden. Es handelt sich um ein jüngeres Mädchen, das bereits ein Geständnis abgelegt hat.

e. Noh, 5. März. Der Bahnhofsneubau ist jetzt endlich in ein ernstes Stadium gerückt, hat man doch am Montag mit den Ausschüttungsarbeiten begonnen.

d. Soden, 5. März. Gemeindevorstandswahl. Gestern wurde in der 2. Abteilung Landwirt Friedrich Dinges 3er mit 60 Stimmen Mehrheit gewählt.

st. Idstein, 5. März. Der Nationalliberale Verein für Idstein und Umgegend hält am Sonntag, 8. März, nachmittags 3½ Uhr, seine Generalversammlung im „Lamm“ ab. Im Anschluß daran, um 4 Uhr, wird Herr Generalsekretär Brehm-Frankfurt in einer öffentlichen Volksversammlung sprechen über: „Die politischen Kämpfe im Reichstag und Landtag“. Alle Parteifreunde in Stadt und Land werden dringend um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

s. Nassau, 5. März. Betriebsaufnahme. In der Silber- und Bleierzgrube Pauline, die seit zwölf Jahren stillgelegt war, sind am Montag wieder 30 Arbeiter angefahren. Dadurch findet wenigstens ein Teil der Arbeiter, die durch die Plette der Grube Friedrichslegen Absehr erhalten haben, wieder Arbeit.

r. Dornholzhausen, 5. März. Gemeindevorstandswahl. Regieremeister Hirsch legte gestern über den Buchdrucker Karl Meyer mit der knappen Mehrheit von 8 Stimmen.

d. Bad Ems, 5. März. Die hiesige Kaiser Friedrich-Schule (Städt. Real-Schule mit Reform-Realprogymnasium) richtet zu Otern ein Schülerheim ein, das der Leitung von Professor Dr. Müller unterstellt ist.

f. Bad Ems, 4. März. Schülerheim. Das vor Jahren vom damaligen Direktor der Realschule Dr. Georg Höfer hier gegründete Alumnat ist vor Jahresfrist wegen Schülermangel eingegangen, soll aber vom 1. April d. J. ab wieder eröffnet werden durch ein von demselben Kuratorium geleitetes Schülerheim, für das man den pensionierten Oberlehrer am Königsstädtischen Gymnasium in Berlin, Prof. Dr. Müller und Frau, gewonnen hat. Die Anzahl wird vorerst nur 4 auswärtige Schüler aufnehmen. — Die Kaiser Friedrich-Realschule wird gegenwärtig von rund 32 in den Vororten wohnenden Schülern besucht.

o. Braunbach, 4. März. Verschiedenes. Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Flottenvereins, unter dem Vorsteh des Herrn Rektors Müller, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits über 100 Mitglieder erworben. — Die wegen Verdaß der Kuppel hier festgenommene Italienerin wurde in das Landgerichtsgefängnis nach Wiesbaden überführt. — Bis zu der im nächsten Jahre stattfindenden Ausstellung auf der Marksburg soll auch noch ein neuer Spazierweg im Burgberg, nach der Rheinseite zu, angelegt werden.

f. Weisel, 4. März. Schlaganfall. Der Invalide Karl Laux von hier fuhr gestern zum Einkauf von Holz für den Umbau seines Wohnhauses nach St. Goarshausen. Dort glücklicherweise angekommen, ging er in eine Wirtschaft. Ehe er aber etwas zu trinken hatte, ward es ihm übel und er begab sich deshalb in den Hof, wo ihn ein Schlaganfall ereilte. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

o. Dikensburg, 4. März. Die Stadiverordneten beschloßen den Verkauf eines städtischen Baumgrundstückes an der Frohnhäuser Landstraße an den Eisenbahnkloster-Kaiser zum Preise von 75 M. pro Rute, und ferner die Herstellung eines Entwässerungskanal in der Koonstraße. An dem städtischen Volksschulgebäude wird ein Raum als Herberge für die Wandervogelbewegung zur Verfügung gestellt. Die Stadt tritt dem Nassauischen Verkehrsverband als Mitglied bei. Eine Versicherung der 6 Denkmäler der Stadt wird abgelehnt. Für eine zu gründende Sanitätskolonne werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Durch fortgesetzte Weigerung der Marktschrankenbewohner zur Befestigung ihrer in die Straßenflucht fallenden Treppen wird das Verwaltungsvorgehen erneut aufgenommen werden. Das schon früher anhängig gemachte Verfahren war vor einigen Jahren wegen eines Formfehlers abgelehnt worden. Auf den Ausgang dieses, auch für andere Städte wichtigen Rechtsstreites darf man gespannt sein.

t. Fachsenheim, 4. März. Dem Tode entronnen. Als gestern der Milchhändler Keller aus Wagenbuchen auf dem Wiesborsheimer Weg über die Bahngleise fahren wollte, wurden plötzlich die Schranken geschlossen. Der Mann beschloß noch soviel Geistesgegenwart, sein Gefährt auf das freie Gleis zu lenken. Raum war dies geschehen, als auch schon der Zug heranbrauschte und haarig auf dem Wagen vorbeifuhr. Der Schrankenwärter hatte die Ueberricht nicht rechtzeitig geschlossen.

a. Frankfurt, 5. März. In der Fremdenlegion. Zu dem aus Gießen gemeldeten Verschwinden Conrads und seinem Eintritt in die französische Fremdenlegion wird noch mitgeteilt: Conrad war seit dem 1. April 1913 in der Gießener Filiale der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auf einem kaufmännischen Posten angestellt. Vorher war er in ähnlicher Eigenschaft etwa ein Jahr lang in der K. G.

zu Frankfurt tätig gewesen. Die Gießener Stelle verließ er Mitte Januar und wurde seit der Zeit in einer Limburger Firma als Lagerhalter beschäftigt. Seine Wohnung in Gießen hatte er trotzdem beibehalten und war erst vorige Woche nach Limburg verzogen. Am 26. Februar erhielten seine hier wohnenden Eltern, der Vater ist Eisenbahnbeamter, eine Karte von ihm aus Limburg, die noch nichts ahnen ließ, und schon am 28. Februar fand er aus Nancy an Herrn Pfarrer Hesse von hier auf einem abgerissenen Notizbuchblatt die Benachrichtigung, daß er die Absicht habe, in die Fremdenlegion einzutreten. Dem Briefe lag sein Militärpaß bei. Conrad, der sich in vier Wochen verheiratet wollte und alles Nötige dazu an Ausstattung und Papieren schon vorbereitet hatte, scheint in einer momentanen Besinnungsstörung gehandelt zu haben; er litt nämlich an einer Eiterung in der Stirnhöhle, die ihm bisher keine größeren Beschwerden verursacht hatte. Da er auch lungenkrank war, werden seine Angehörigen versuchen, durch ärztliche Hilfe seine Auslieferung zu veranlassen, weil er dem tropischen Klima sicher nicht gewachsen sein dürfte. Von einer gewaltsamen Verschleppung kann wohl in diesem Falle keine Rede sein.

T. Areznach, 4. März. Ein Schadenfeuer brach hier in dem Oekonomengebäude der früheren Nassauischen Kammmfabrik aus. Das Feuer breitete sich schnell aus und griff auf das Wohnhaus über. Misdann konnte es jedoch von der Feuerwehr eingedämmt werden. Mit knapper Not konnte das untergebrachte Vieh gerettet werden. Die Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder.

T. Areznach, 4. März. Leichenlandung. Aus der Nahe gelandet wurde in der Nahe der Stadt die Leiche des Knaben, der am 8. Februar beim Eislauf eingebrochen und unter der Eisschicht verschwunden war.

h. Minden, 4. März. Beim Fischen ertrunken. Der Sergeant-Hornist Nickenberg vom hiesigen Minierbataillon Nr. 10 fuhr gestern abend mit einem Schläpfermeister beim Fischen die Weiser abwärts. Dabei stieß das Boot gegen ein Schiff und kenterte. Nickenberg fürzte ins Wasser und ging sofort unter. Sein Begleiter konnte noch im letzten Augenblick die Ankerkette des Schiffes ergreifen und wurde gerettet. Die Leiche des Ertrunkenen ist noch nicht geborgen.

r. Dortmund, 4. März. Schadenfeuer. In einem großen Lagerhaus in der Prinz-Wilhelm-Straße, in dem sich auch eine Kaffee-Großrösterei befindet, brach heute vormittag Feuer aus, das an den reichen Vorräten an Kolonialwaren aller Art reiche Nahrung fand. Es gelang der Feuerwehr nur mit großer Mühe, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die Nachbargebäude zu schützen. Die Höhe des Schadens läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Gericht und Rechtsprechung.

a. Anzeigenschwindler. Frankfurt, 5. März. Die Strafkammer verhandelte gegen den Handlungsgehilfen Hugo Leide und den Reisenden Alfred Bachmann, die Abonnements und Annoncen für ein frankfurter Taschenrechner sammelten, wegen Provisionschwindels. Ersterer wurde zu 1 Jahr Zuchthaus, Bachmann zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Prozess gegen einen Pfarrer und 11 Zeitungen. Vor dem Schöffengericht in Köln begann gestern der angeklagte Prozess der Führer der Christlichen Gemerkschaft gegen den Pfarrer Witz und 11 sozialdemokratische Zeitungen. Die Verhandlung am gestrigen vormittag wurde eingeleitet mit einem von dem Vorsitzenden gegebenen längeren Uebersicht über den Sachverhalt, woran sich die Vernehmung der Angeklagten schloß. Die Vorgänge, die dem Prozess zu Grunde liegen, hängen bekanntlich aufs engste zusammen mit der päpstlichen Enzyklika singulari quadam.

H. Beurteilung von Offizieren wegen Duellvergehens. Düsseldorf, 4. März. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte wegen Herausforderung zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen den Leutnant im hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 5, Grafen Weiffel von Gommich zu drei und den Leutnant der Reserve im Dragoner-Regiment von Bedel Pommerisches Nr. 11, Eckardt, zu vier Monaten Gefängnis, sowie wegen Kartellvergehens den Rittmeister d. R. Ditman von der Lene zu einem und den Oberleutnant Ferdinand Verbs zu zwei Tagen Gefängnis. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

h. Beurteilung eines betrügerischen Bürgermeisters. Der Bürgermeister von Klein-Schmalzkalden, Feh, ist am 4. ds. wegen Vergehens im Amte, Unterschlagung und Urkundenfälschung von der Strafkammer zu Weimingen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Sport.

Nad Johnson verteidigt seinen Weltmeistertitel. Die bereits angekündigte Begegnung des schwarzen Weltmeisters Nad Johnson mit dem weißen Amerikaner Frank Moran um die Weltmeisterschaft im Schweregewichtsbogen findet nunmehr bestimmt am Samstag abend, den 27. Juni, in Paris statt. Die Leitung der großen Pariser Boxkampfarena „Le Premierland francais“ hat die Organisation des großen Matches übernommen und will den Kampf im Innenraum des für eine derartige Veranstaltung ausgezeichnet passenden Pariser Winter-Belodroms in Szene gehen lassen.

Zur Eröffnung der deutschen Straßenradrennsaison. Für das vom Gau 20 des Deutschen Radfahrer-Bundes ausgeführte und über 240 Kilometer führende Straßenradrennen Berlin-Weißensee-Berlin, das am 15. März wie alljährlich auch diesmal die deutsche Straßenradrennsaison eröffnet, ist der Meldebescheid sehr gut ausgefallen. Unter den eingeschriebenen 80 Berufsfahrern befinden sich die besten deutschen Spezialisten wie Gebrüder Rander-Berlin, Gebrüder Fuchsle-Berlin, Ludwig-Soffen-Beim, Hübner-Dresden, Schenkel-Weipala, Herzog-Magdeburg, Nieder-München, Dittschadis-Berlin, Alberger-Berlin, Bauer-Berlin, Schulze und Kahle-Trebbin und Großkopf-Nürnberg. Für die Amateurlaie haben 130 Fahrer ihre Meldung abgegeben.

Anteil, 5. März. (Privattelegr.) Prix Cotentin, 3000 Fr. 3500 Meter. 1. Ch. Proffettes Dndre II (A. Williams), 2. Tribidi II, 3. Urbino. 4. Hefen. Tot. 25:10, Pl. 13, 16:10. — Prix Hypothese, 6000 Fr. 2000 Meter. 1. M. Descazeaux-Hoch (A. Bara), 2. La Topaze, 3. Serpentan. 4. Hefen. Tot. 22:10, Pl. 19, 11:10. — Prix Emilius, 10 000 Fr. 4500 Meter. 1. P. Artonnes-Avearon (A. Bates), 2. La Canche, 3. Nopo, 5. Hefen. Tot. 31:10, Pl. 14, 17:10. — Prix Chimere, 1000 Fr. 3100 Meter. 1. M. Descazeaux-Bobette II (A. Chapman), 2. Continental, 3. Le Tremblan, 5. Hefen. Tot. 35:10, Pl. 22, 39:10. — Prix Persano, 4000 Fr.

Bei Bleichsucht und Blutarmut

ist das beste Mittel **Kofusin** — Roths Nährwald-Sakao — nicht zum Einnehmen, sondern **Frühstücks- und Abendessen** in **Apfelsinen** u. **Drogenen** d. **Bld.** d. **M. L60** zu haben. Jedes **Paket** enthält **ärztliche Gutachten**. **Fabrikanten** **Roth u. Sohn**, **Weimingen**

2800 Meter. 1. Sol Joels Prince de Normandie (Powers), 2. Moonshine, 3. Ramage, 4. Lieben. Tot. 27:10, Pl. 22, 22:10. — Prix de Suresnes, 4000 Fr. 3500 Meter. 1. Comte Paris Hermineite, 2. Rectar III, 3. La Villaterre, 6. Lieben. Tot. 60:10, Pl. 21, 13:10.

Der Turnerverband Mittlerer Nahe-Gau hat sich aufgelöst. Er hat in den 15 Jahren seines Bestehens als „wilder“ Gau 27 Vereine mit 2000 Turnern erworben. Die Vereine treten teils dem Nahe-Idaral-Gau, teils dem Unter Nahe-Gau bei.

Vermischtes.

Ein ganzes Indianerdorf verhungert.

Aus New York wird geschrieben: Der strenge Winter in Quebec und ungeheure Schneefälle des Winters haben die Tragödie eines ganzen Dorfes zeitigt. Das Indianerdorf des Stammes, dessen Häuptling der wilde Kenna Toffe ist, der noch jetzt durch seine Neubzüge der Regierung viel zu schaffen machte, ist wochenlang von der Außenwelt durch ungeheure Schneemassen abgeschnitten worden, die hier schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr beobachtet wurden. Die Winterversorgung des Indianerdorfes, die sich wohl in den üblichen Grenzen gehalten haben mag, reichte nicht aus, da es wochenlang den Indianern nicht möglich war, eine Ergänzung der Bestände eintreten zu lassen. Das Dorf liegt 8-10 Tagereisen von der nächsten menschlichen Ansiedlung, Quebec, entfernt. Im Winter dürfte die Reisezeit sich noch verlängern, so daß die Indianer wohl kaum daran denken konnten, sich Hilfe zu verschaffen. Das Dorf bestand aus rund 500 Personen, die alle umgekommen sind. Die Tragödie wurde durch Bahnarbeiter entdeckt, die hier hinkamen, um den Weg für die Führung einer neuen Bahnlinie abzustücken und die beste Gelegenheit zum Bau der Bahnlinie zu suchen. Die Indianer hatten anscheinend vor dem Sterben eine Andacht veranstaltet, denn die männlichen Bewohner des Dorfes lagen in ihrem Schmutz in einem Kreise, während Kenna Toffe, ihr Häuptling, in der Mitte des Kreises lag. Die Frauen und Kinder waren in den Hütten. Als die Bahnarbeiter unter Führung eines Ingenieurs an das Dorf kamen und hier die Totenstille wahrnahmen, gingen sie hinein und entdeckten zu ihrem Grausen die furchtbare Katastrophe. Nur ein einziger Mann gab noch geringe Lebenszeichen von sich, doch auch er war zu schwach, um noch sprechen zu können. Trotz aller Stärkungsmittel, die man ihm sofort einflößte, und aller Pflege, die man ihm angedeihen ließ, starb auch er, wenige Stunden, nachdem man ihn aufgefunden hatte.

Kurze Nachrichten.

Beim Rangieren erdrückt. Man meldet aus Bayreuth: Ein tragisches Geschick hat die Familie Redmann betroffen. Zwei ihrer Söhne sind bereits im Dienste der Eisenbahn ums Leben gekommen. Gestern nun geriet der dritte, der Rangierer Redmann, zwischen die Buffer zweierzüge und wurde erdrückt.

Zum Doppelmord am Teufelssee. Man meldet aus Berlin: Die Verfolgung des Doppelmörders am Teufelssee in der Umgebung von Potsdam hat zu einem aufregenden Vorfall geführt. In der 2 Kilometer von Nowawes, südlich von Neubabelsberg an der Wehlfarer Bahn gelegenen Ortschaft Dremwitz wurde abends ein Mann gesehen, auf den das Signallement des Verdächtigen zeigte. Er wurde angehalten, zog jedoch einen Revolver, floh in den Wald und entkam im Schutze der Dunkelheit.

Ein Schöffe im Gerichtsaal verhaftet. Ein peinlicher Vorfall ereignete sich in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Diersheim. Der als Schöffe fungierende Privatmann Schmidt aus Hadmersleben wurde während der Sitzung auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft wegen Verdrehens gegen die Sittlichkeit verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Sitzung konnte erst fortgeführt werden, nachdem ein Hilfschöffe herbeigeholt worden war.

Ein bestialischer Reiter. In Bayreuth hat ein Reiter vom 4. Chevau-légers-Regiment seinem Dienstpferd die Zunge ausgetrieben und das von Schmerzen gepeinigte Tier dann noch in der Bahn geritten, bis Vorgesetzte das Pferd bluten sahen. Die Zunge fand man im Stallhand. Der Reiter wurde sofort verhaftet und dürfte einer exemplarischen Strafe entgegengehen.

Letzte Drahtnachrichten.

Begen Beleidigung des Kronprinzen.

Aus Berlin wird gedruckt: In dem Prozeß gegen die Redakteure der „Welt am Montag“ wegen Beleidigung des Kronprinzen erkannte die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I gegen Hans Veus auf 6 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Scholz wurde freigesprochen.

Von einer Lawine verschüttet.

Aus Wien wird gedruckt: Ein großes Unglück ereignete sich im Ortler-Gebiet auf dem Wege von Somagoj zur Payer-Hütte. Hier wurde eine militärische Eskadron des 3. Landes-Schützen-Regimentes, im ganzen 20 Personen, von einer Lawine verschüttet. 15 Mann sind tot, darunter auch der Kommandant des Sperr-Forts Somagoj. Ein Offizier und 4 Mann konnten sich retten.

Verhandlungen zwischen den Epiroten und Albanen.

Der albanischen Korrespondenz in Wien wird aus Salona gemeldet: Der Präsident der provisorischen Regierung im Epirus, Zograpos, hat den albanischen Notabeln Mohammed Ali Pascha von Dulvino nach Salona entsandt, um mit der albanischen Regierung wegen Gewährung von Garantien für die Errichtung griechischer Schulen im nördlichen Epirus und Einrichtung griechischer Elemente in der albanischen Gendarmerie zu verhandeln. Die provisorische Regierung im Epirus will im Falle des Entgegenkommens bereit sein, das von der Londoner Vorkonferenz ihr zugewandene Gebiet dem neuen Königreich abzutreten.

Die Räuberbanden in China.

Aus Peking wird gedruckt: Die Regierung ist bezüglich der Armees des „Weißen Wolfes“ ratlos. In der Hupeh-Provinz fielen immer neue riesige Bandenorganisationen zum Weißen Wolf und vereinigten sich mit ihm. Die aufständische Volksmenge wächst mit jedem Tag mehr an und bedroht Regierung und Volk. Eine große Gefahr für die Regierungstruppen bedeutet die Erstürmung des Arsenal von Tientsin durch die Aufständischen.

Der Erfinder der X-Strahlen.

Aus New York wird gedruckt: Dr. Green, der Erfinder der X-Strahlen in Röhren, ist in Herford an den Folgen einer durch die Strahlen verursachten Krankheit gestorben.

Zu den Unruhen in Mexiko.

Der in Washington aus Mexiko eingetroffene Dr. Wittgenstein weiß von unerhörten Greuelthaten von Rebellen unter dem General Villa zu berichten. So wurden die beiden Töchter des Amerikaners Dr. Smith im Alter von 20 und 17 Jahren von den Rebellen entführt, vergewaltigt und alsdann ermordet, während der Vater bei der Verteidigung seiner Töchter getötet wurde. Man fand später die entsehtlich verstümmelten Leichen der Familie.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dresdener Bank.

In der am 5. März in Berlin stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrats der Dresdener Bank wurde die Bilanz pro 1913 vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt einschl. 276 598,55 M. Vortrag aus dem Vorjahre 43 447 490,45 M. (im Vorjahre 41 297 977,75 M.). Nach Abzug von 16 624 795,20 M. (im Vorjahre 15 841 515,45 M.) Handlungs- und Steuern von 548 942,65 M. (im Vorjahre 340 633,65 M.) Abschreibung auf Mobilien-Konto verbleibt ein Reingewinn von 26 278 752,60 M. (im Vorjahre 25 115 828,65 M.). Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches stellte sich auf 92 379 534 705,65 M. gegen 97 053 497 278.— M. in 1912, die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 200 196 gegen 179 567 in 1912. Die Zahl der Angestellten belief sich am Jahreschlusse auf 4636 gegen 4546 im Jahre 1912.

Vom obigen Bruttogewinn entfallen auf Sorten- und Coupons-Konto 267 682,90 M. (i. V. 245 429,60 M.), Wechsel- und Pfen-Konto 25 978 297,85 M. (24 066 432,40 M.), Provisions-Konto, abzgl. gezahlter Provisionen 14 585 127,30 M. (14 238 875,55 M.), Erträge aus dauernden Beteiligungen bei fremden Banken pro 1912 1 930 549,55 M. (2 090 869,75 M.). Die anschließlichen auf Konsortial-Konto erzielten Gewinne sind zu Abschreibungen verwandt worden.

Auf dem Konto der „dauernden Beteiligungen bei fremden Banken“ sind nur die pro 1912 vereinnahmten Dividenden verrechnet, welche im Vorjahre mit dem vollen Betrage unverrechnet geblieben waren. Die Dividenden des Jahres 1913 sind wiederum der Verrechnung im nächsten Jahre vorbehalten. Der Gesamtbeitrag der in den Festen und den Konsortialbehörden entholdenen festverzinslichen Werte beläuft sich auf ca. 43 Millionen Mark.

Der auf den 28. März d. J. einberufenen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden. 600 000.— M. auf Bankgebäude abzuschreiben, 351 955,25 M. dem Pensionsfonds zuzuführen, der dadurch auf die Höhe von 4 409 000.— M. gebracht wird. 892 100.— M. als vollen Beitragsbeitrag, sowie 200 000.— M. als Jahresanteil für die Talonsteuer zu reservieren und eine Dividende die von 8 1/2 Prozent zur Verteilung zu bringen. Nach Abschreibung der verträglichsten Anteile, sowie der Gratifikationen an die Beamten verbleibt alsdann ein Saldo von 206 693,35 M. zum Vortrag auf neue Rechnung.

Offener Credit-Anstalt in Essen.

Dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Offener Credit-Anstalt entnehmen wir die folgenden Ausführungen über das abgelaufene Wirtschaftsjahr: „Dem Jahre 1913 war es vorbehalten, dem fast vier Jahre währenden Aufstiege unseres Wirtschaftslebens ein Halt zu gebieten. Der Umchwung in der Konjunktur zeigte sich mehr im Rückgang der Preise als in dem Nachlassen der Beschäftigung. Diese war noch fast während des ganzen Jahres gut, und ihr ist es zu verdanken, daß der Abstieg sich nur allmählich vollzog. Der Rückgang wurde auch dadurch gemildert, daß Deutschlands Industrie es verstanden hat, infolge Herabminderung der Selbstkosten eine große Ausfuhr herbeizuführen, die unsere Zahlungsbilanz sehr günstig beeinflusst und es zweifellos verhindert hat, daß die Anspannung des Geldmarktes noch verschärft wurde.“ Nach Hinweis auf die Lage des Eisen- und Kohlenmarktes beschäftigt sich der Bericht eingehend mit der Entwicklung der Kali- und Zementindustrie. Es heißt da:

Die Lage der Kaliindustrie

bot im Berichtsjahre in mancher Beziehung ein recht erfreuliches Bild. Ganz besonders wurden ihre finanziellen Verhältnisse bei der herrschenden Geldteuerung in argem Mitleidenschaft gezogen. Die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für den Bau zahlreicher neuer Schachtanlagen zwangen selbst ältere, gut fundierte Werke zur Verringerung oder Einstellung der Ausbeutezahlungen, teilweise sogar zur Einziehung von Zuhuten. Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Ueberproduktion ist die baldige Regelung der Frage der Schachtsperre eine gebieterische Forderung des Tages — mag sie nun durch eine Gelechtsnovelle oder, was bei den schwerwiegenden Bedenken gegenüber jedweder gefahrgebräulichen Eingriff zweifellos wünschenswerter wäre, vermöge der seitens des Syndikats in die Wege geleiteten Selbsthilfsaktion erreicht werden. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes wird hoffentlich eine den wahren Interessen dieser hoffnungsvollen Industrie entsprechende Lösung der Frage herbeiführen. Dank der regen Propaganda des Syndikats wurde trotz der Balkanwirren und des zeitweiligen Widerstandes der Vereinigten Staaten von Amerika ein Abschluß im Werte von rund 14 Millionen Mark erzielt, der jedoch im Verhältnis zu der starken Verköstvermehrung als nicht ausreichend zu bezeichnen ist. — Für

die Zementindustrie

bedeutet das vergangene Jahr ebenfalls ein Jahr engerer Sorge. Die starken Anforderungen für Kanalbauten, für den Ausbau der Betriebsanlagen der Eisenbahnverwaltung und sonstige öffentliche Arbeiten brachten zwar trotz der ungünstigen Lage der privaten Bautätigkeit eine Steigerung des Zementverbrauchs mit sich, indessen vermochten die im rheinisch-westfälischen Zementindustrie vereinigten Werke infolge des scharfen Wettbewerbs der Außenleiter hieraus nicht den entsprechenden Nutzen zu ziehen, sodaß wiederum eine beträchtliche Einschränkung ihrer Produktion erforderlich war. Die seit Monaten schwebenden Verhandlungen zur Gründung eines Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes sind zwar zur Zeit der Durchlegung dieses Berichtes noch nicht zum endgültigen Abschluß gelangt, jedoch ist begründete Aussicht vorhanden, dieses schwierige Werk zum glücklichen Ende zu führen.

Ueber die erzielten Ergebnisse sagt der Bericht: „Das Zusammenwirken der vielen ungünstigen Einflüsse führte zu einer tiefen Senkung des Kursstandes fast aller Werte, besonders auch der festverzinslichen Papiere, sodaß das Berichtsjahr im Vergleich zu den Kursen am Jahresbeginn fast durchweg mit großen Verlusten zu Ende ging. Auf unsere Behände an preussischen und deutschen Staatspapieren mußten wir weitere 284 922,45 M. abschreiben. Erfreulicherweise haben sich die Kurse dieser Papiere im neuen

Jahre wieder etwas erholt. Das Darniederliegen des Effektengeschäftes beeinträchtigte naturgemäß das Erträgnis an Gebühren sehr. Wenn wir trotzdem höhere Provisionsentnahmen ausweiten können, so liegt dies an der größeren Ausdehnung unseres Kontokorrentgeschäftes. Das Gemeinschaftsgeschäft war wenig befriedigend. Infolge des hohen Durchschnittsdiskonts der Reichsbank (5,8847 Prozent gegen 4,9458 Prozent im Jahre 1912) sind unsere Einnahmen an Zinsen und Diskont erheblich gesunken. Unser Handlungskostenkonto erhöhte sich um 708 341,92 Mark, was in der Hauptsache auf die Vermehrung der Zahl unserer Beamten aus der Aufnahme des Offener Bankvereins und auf größere Steuern zurückzuführen ist.“

Das Gewinn- und Verlustkonto

weist nach Abschreibung von 250 000 M. auf Bankgebäude und 200 000 M. auf Kontokorrentkonto einen Ueberschuß von 10 007 248,10 M. gegen 7 794 606,77 M. auf, bei einem Vortrag von 753 810,20 M. Es wird beantragt, diesen Vortrag aus dem Jahre 1912 mit Rücksicht auf die außerordentlich hohen Zinsentnahmen des Berichtsjahrs auf 1 065 597,17 Mark zu erhöhen. Auf das infolge Beschlusses der Generalversammlung von 29. März v. J. um 18 Millionen Mark auf 90 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital sollen 8 1/2 Prozent Dividende gleich 7 650 000 M. zur Verteilung gelangen.

Landwirtschaft.

Erforschung der Maul- und Klauenseuche.

Man schreibt uns: Das Reichsgesundheitsamt beabsichtigt sich in Zukunft in verstärktem Maße mit der Erforschung der Maul- und Klauenseuche zu beschäftigen. Es soll zu diesem Zweck ein eigenes Institut auf einer Insel der Ostsee angelegt werden, dessen Lage vollkommene Gewähr dafür bietet, daß eine Ausbreitung der Seuche von dort völlig ausgeschlossen ist. Als das einzige Verfahren, das bisher sich für die Immunisierung gesunder und zur Heilung an der Maul- und Klauenseuche erkrankter Tiere tatsächlich bewährt hat, ist das des Professors Köffler anzugeben. Leider verhindert der sehr hohe Preis des Präparats eine weitgehende Anwendung.

Telegraphische Kursberichte.

Berlin, 5. März. An der Börse wiederholt sich jetzt täglich das gleiche Bild: Mangel an Anregung, sehr kleines Geschäft, Gleichheit unglücklicher Gerüchte für Latzachen zu nehmen und Mangel an Widerstand gegenüber gelegentlichen Vorstößen der Kontermine. Im Ganzen bleibt die Spekulation unter sich, das Publikum wartet die weitere Entwicklung ab und beteiligt sich wenig oder gar nicht. So halten sich auch die Kursveränderungen in den engeren Grenzen. Der Rentenmarkt liegt trotz der aufeinander folgenden Bilanzveröffentlichungen unserer Großbanken besonders still; Deutsche Bank erzielten anfangs eine kleine Avanz auf die Abzinsungsziffern. Von Bergwerken waren im Gegenfatz zur Gesamthaltung Gelsenkirchen höher gefragt, man erwartet 11 Prozent Dividende (i. V. 10 Proz.); Harpener, Deutsch-Luxemburg, Bochumer behaupteten den letzten Stand, Phönix und Laurahütte konnten den gestrigen Rückgang wieder einholen. Schiffahrtsaktien ziemlich fest. Mond 1/2 Proz. abgesetzt. Elektrische Werte unverändert. Canada im Einklang mit New-York mäßig anziehend.

Im Verkauf meiate die Tendenz zur Schwäche auf angebliche Londoner Meldungen über Ausbruch einer Revolution in Brasilien. Da aber der zunächst beteiligte Pariser Markt keine Nachrichten hatte und auch von London später die Gerüchte wieder dementiert wurden, war der Schluß gut behauptet.

Privatdiskont unverändert 3 1/2 Prozent.

Berlin, 5. März, 3 Uhr nachm. Nachbörse. Kreditaktien —, Handelsaktien 162 1/2, Deutsche Bank 259.—, Diskont-Kommandit 197,87, Dresdener Bank 158 1/2, Staatsbahn 155 1/2, Canada 214.—, Bochumer 225 1/2, Laurahütte 160 1/2, Gelsenkirchen 195 1/2, Harpener 186,87

Frankfurt, 5. März. Effekten-Sozial. Kreditaktien 206,75 Staatsbahn 156.—, Lombarden 22,12 Diskont-Kommandit 197,87 Gelsenkirchen 195.—, Laurahütte —, Ungarn —, Italiener —, Türkenloose —

	Paris.	Bl. Kurs.	Del. Kurs.
3proz. Rente		88 15	88,42
3proz. Italiener		96 80	—
4proz. Russen Konf. I u. II		91.—	91.—
4proz. Spanier		90 30	90 60
4proz. Türken (unifz.)		86 65	86 60
Türkische Lose		200—	199 50
Metropolitain		542.—	542.—
Banque Ottomane		642.—	643.—
Rio Tinto		1759.—	1756.—
Chartered		25.—	25.—
Debeers		470.—	470.—
Goldstrand		51.—	51.—
Goldfields		59.—	59.—
Randmines		146.—	146.—

Schluß schwach.

Druck und Verlag: Wiesbadener Verlagsanstalt G. m. b. H. (Direktion: Seb. Niedner) in Wiesbaden. Chefredakteur: Bernhard Grothaus. — Verantwortlich für Politik: Bernhard Grothaus; für Feuilleton und Volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eisenberger; für den übrigen redaktionellen Teil: Carl Dieckel; für den Anzeigenteil: Paul Lange. Sämtlich in Wiesbaden.

Es wird gebeten, Briefe nur an die Redaktion, nicht an die Redakteure persönlich zu richten.

Preis: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monatlich) 42 Pf., ausreichend) M. 1.50.

Der Obol konsequent täglich angewendet, übt nach unserer heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus. 117

